

# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Subskriptionsstellen sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringer-  
gebühren, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Insertate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 6 gespaltene Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60 II. zu senden.

Nr. 11

Sonntag, den 17. März

1912

## Zur sozialpolitischen Lage.

Für die Sozialpolitik des Deutschen Reiches hat der Ausgang der letzten Reichstagswahlen keine Wendung zum Besseren gebracht, soweit sie von den bürgerlichen Parteien abhingt. Das ist leicht erklärlich. Alle bürgerlichen Parteien spielen sich als Verteidiger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf; alle sind bisher einer Sozialpolitik, wie sie die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage forderte, entgegen getreten. Wohl haben sie dem Drängen der sozialdemokratischen Arbeiter nachgegeben und hier und da Konzessionen machen müssen, weil sie im Gegenfalle ein noch viel härteres Steigen der roten Flut fürchteten. Aber an eine grundlegende Aenderung in der Wirtschaftspolitik, die doch notwendig die Grundlage für eine gute Sozialpolitik bilden müßte, haben sie nie gedacht, sondern haben sich stets gegen die gesetzliche Einschränkung der Ausbeutung der Arbeiter gewehrt.

Am deutlichsten tritt dies in der Abneigung gegen die gesetzliche Einführung des Achtstundentages hervor. Wo er eingeführt ist, haben ihn die Arbeiter erobert durch Arbeitskämpfe außerhalb des Parlaments; er ist aus der direkten Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern hervorgegangen. Auch andere dringende Forderungen der Arbeiter werden im Reichstage aus rein kapitalistischen Gründen abgewiesen. Die Sozialpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien ist eigentlich nur ein Kampf gegen die Sozialpolitik der Sozialdemokratie. Aufgepeitscht durch die Forderungen der Arbeiter müssen Regierung und bürgerliche Parteien Stellung zu ihnen nehmen. Und insofern ist es ganz richtig, was der Abg. Wurm jüngst im Reichstage sagte: Ohne die Sozialdemokratie keine Sozialpolitik! Und so wird es bleiben.

Ganz ohne Wirkung ist freilich der für die Sozialdemokratie günstige Ausfall der Reichstagswahlen nicht. In erster Linie ist die Stärkung der sozialdemokratischen Fraktion eine Verstärkung des Walles gegen reaktionäre und arbeiterfeindliche Absichten und Vorstöße. Dann aber ist der Wahlausfall eine scharfe Warnung für die herrschenden Kreise, den Bogen nicht zu spannen; er wirkt also zögernd auf die Reaktion. Das äußert sich nicht nur in der reservierten Haltung der Regierung und der bürgerlichen Parteien gegenüber den Forderungen der Scharfmacher nach Zuchthausgesetzen gegen streikende Arbeiter, die Scharfmacherpresse selbst tritt nicht mehr mit der unerhörten Frechheit für diese Forderungen ein, wie vor den Wahlen.

Die Regierung hat freilich in Aussicht gestellt, schärfere Bestimmungen in das allgemeine Strafrecht gegen Streikposten usw. bringen zu wollen, Spezialausnahmegesetze will sie nicht fordern. Aber da liegt der Knäuel beim Hunde. Wir leiden nicht an dem Wahne, daß im jetzigen Reichstage eine „Politik der Linken“ im Sinne eines kräftigen Fortschritts sich aufstun werde, jedoch die Wirkung der Reichstagswahlen wird Abgeordnete der bürgerlichen Linken sowohl, als des Zentrums äußerst vorsichtig machen, Strafgesetze gegen die Arbeiter ihre Zustimmung zu geben, ob sie nun in das allgemeine Strafrecht eingefügt oder als besondere Ausnahmegesetze von der Regierung präsentiert werden. Zuchthausgesetze wird es also im neuen Reichstage kaum geben, aber auch keine wichtigen sozialpolitischen Gesetze.

Bemerkenswert und bezeichnend sind in dieser Beziehung die Vorgänge bei der Präsidentenwahl im Reichstage. Seit der Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Scheidemann ließ die Regierung alle Mienen springen, um zweierlei zu erreichen: Erstens die Vereitigung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten, dann aber — und das war ihr das Wichtigere — die Zusammenführung der Nationalliberalen mit dem schwarz-blauen Block. Das erstere war ihr nur mehr ein Mittel zur Erreichung des zweiten Zweckes. Es ist ihr gelungen. Der erste Schritt gemeinsamen Vorgehens der Nationalliberalen mit dem Zentrum und den Konservativen ist getan, gemeinsam haben sie den „roten Vizepräsidenten“ beseitigt.

Das ist nur der erste Schritt, weitere werden ihm folgen, bis der Zustand wieder hergestellt ist, wie er von 1890 bis 1906 bestand. Die Regierung braucht eine Mehrheit. Der schwarz-blaue Block kann sie nicht bieten, da müssen die Nationalliberalen herangezogen werden. Deshalb trat die Regierung bei der Präsidentenwahl aktiv vermittelnd zwischen jenen Parteien auf. Sperrten sich die Nationalliberalen noch ein wenig, so nur aus dem Grunde, weil sie die Versicherung haben wollten, daß sie als gleichberechtigt mit den Parteien des schwarz-blauen Blocks aus der Regierungschlüssel lösseln können. Haben

sie hierfür die Gewähr, dann werden sie wieder unter der Führung des Zentrums in der Regierungsmehrheit marschieren, wie eben von 1890 bis 1906, wo der Wilton-Block zustande kam.

Eine derartige Konstellation führt im Wesentlichen auch zu einem Zusammenwirken der Regierungsparteien, wie ja z. B. die Nationalliberalen bereits unter der Herrschaft des schwarz-blauen Blocks die Verschärfung der Reichsversicherungsordnung mitgemacht haben. Hinzu kommt, daß die Scharfmacher in der Hochindustrie meistens den Nationalliberalen angehören und ihre Vertretung in der nationalliberalen Fraktion sehen. Nur ein Moment zwingt diese Vertreter des Kapitalismus, gelegentlich einen Pflock zurückzustaden, das sind eben wiederum Wahlrückfichten.

Auf wirtschaftspolitischen Gebieten nähern sich die Nationalliberalen den Konservativen immer mehr, wenn sie auch als Repräsentanten des mobilen Kapitals zeitweilig andere Spezialinteressen haben, als die Vertreter des immobilien Kapitals, die Agrarier und Junker. Das allgemeine kapitalistische Interesse, das in der lukrativen Ausbeutung der Arbeiter liegt, führt sie immer näher zusammen.

Die politische Entwicklung indes zeigt Antecedentien für die Nationalliberalen auf, die es ihnen jetzt noch ermöglichen, als selbständige politische Partei aufzutreten, wie sie es auch fürder wollen. Dagegen verwischen die wirtschaftspolitischen Verührungspunkte zwischen ihnen und den Konservativen die politischen Unterschiede mehr und mehr. Daher auch der Rückgang der nationalliberalen Partei, deren völliges Aufgehen in der Rechten jedenfalls in nicht zu ferner Zeit sich vollziehen wird, wie auch die freikonservative Partei auf dem Aussterbeetat steht.

Also, die kapitalistische Arbeiterverwandtschaft dieser Parteien steht fest. Sie bedingt das gemeinsame Vorgehen der so gearteten Parteien gegen die Arbeiter, deren Erstgenusskampf gegen den Kapitalismus in jeder Form gerichtet ist. Und vom Zentrum brauchen wir hierbei doch nicht erst viel zu reden, das Kapitalisten aller Art in seinen Reihen hat und als konfessionelle Partei alles segnet, was die herrschenden Klassen gegen die arbeitenden unternehmen. Aus wahlpolitischen Gründen muß es freilich aus seiner starken Arbeitermehrfachheit wollen ebenfalls Rücksicht auf den sozialdemokratischen Wahlsieg und seine Werbestärke unter den Arbeitern nehmen. Es wird sich daher halten, die Scharfmacherhebe durch Schaffung von Zuchthausgesetzen zu unterstützen. Möglich sogar, daß es sich wieder einmal anstellt, als wolle es sozialpolitisch vorwärts drängen, um die betörten Anhänger der christlichen Gewerkschaften in gutem Glauben zu erhalten, aber etwas Greifbares, wirklich Zeitgemäßes für die Arbeiter wird es nicht schaffen helfen.

Hat sich nun solchergestalt die sozialpolitische Situation nach den Wahlen zugespitzt, so bleibt weiter nichts übrig, als daß die sozialdemokratische Fraktion, getragen von dem Vertrauen ihrer 4¼ Millionen Wähler, wie bisher mit aller Kraft vorwärts drängt. Dann muß sich zeigen, was die Gegner tun oder was sie nicht tun wollen.

## Bergarbeiterkämpfe.

Das „schwarze Gold“, das von Millionen von Bergknappen aus tiefem Schoß der Erde zutage gefördert wird, hat wohl einer kleinen Anzahl Menschen Reichtum und Macht verschafft, aber den Millionen, die es schürfen, Müd und Frieden, überhaupt ein menschenwürdiges Dasein nicht gebracht. Das liegt nicht an der Arbeitsamkeit der Bergknappen, sondern daran, daß der Hauptanteil ihres Arbeitswertes ihnen genommen wird von denen, die Besitzer der kohlenteichen Erde sind — den Bergherren. Sie streichen Riesengewinne ein; sie diktieren die Kohlenpreise; sie zahlen dürftige Löhne, sie betrachten sich als die rechtmäßigen Ausbeuter — nicht nur der Gruben, sondern auch der Arbeiter, die nach „göttlicher Weltordnung“ nur dazu da sind, ihren Ausbeutern reiche Gewinne zu schaffen.

Darum ist es unerhört, daß die Bergarbeiter die Diktatur der Bergherren nicht mehr dulden wollen, sondern in — ach! in so bescheidenen Weise einen höheren Lohnanteil von den von ihnen geschaffenen Gewinnen verlangen. Wagen das die Vermessenen, so muß ihnen durch Polizei und Militär Respekt vor ihren Bergherren beigebracht werden, die allein das Recht haben, über die erarbeiteten Gewinne nach Belieben zu verfügen. Und in der Tat — kaum liegen die Bergarbeiter merken, daß sie nicht weiter fronen wollen, wenn ihnen keine Lohnzulagen gemacht werden, da springt „Vater Staat“ den Bergherren bei, schickt Polizei in das Gebiet der „Unzufriedenen“ und, wenn es von den Bergherren gewünscht

wird, noch Militär hinterdrein, um die durch nichts gefährdete Ruhe in jenen Bezirken zu — gefährden.

Noch ehe die Bergarbeiter im Ruhrgebiet endgültig beschlossen, in den Streit zu treten, weil die Bergherren die Lohnforderungen ablehnten, sandte die deutsche Regierung bereits Hunderte von Gendarmen und Polizisten in das Streikgebiet. Das ist bereits eine Parteinahme gegen die Arbeiter, denen es gar nicht einfällt, ihre berechtigten Lohnforderungen durch törichte gemaltätige Streiche in Frage zu stellen. Eine derartige Parteinahme muß ihnen mit Gewalt die Ueberzeugung aufdrängen, daß sie von den herrschenden und regierenden Klassen keine Hilfe zu erwarten haben, sondern auf sich selbst angewiesen sind, wenn sie ihre Lebenslage verbessern wollen. In diesen Gedanken lernen sie selbständig massen und werden darum auch eher zum Ziele gelangen.

Als in England der Kohlenarbeiterstreik ausbrach und die Bergarbeiter des Ruhrgebiets dringend ihre Forderungen stellten, fiel ihnen eine von Pfaffenrechnen verführte Gruppe von Arbeitern tödlich in den Rücken und behaupteten, es sei ein Sympathiestreik zugunsten der britischen Bergleute geplant. Die Unwahrheit dieses Verräterstreiches ergibt sich aus der eignen traurigen Lage der Bergarbeiter des Ruhrgebiets. Aber dieser heimtückische Streich ist abgewendet, die 150 000 Bergarbeiter, die am 10. März in 70 Versammlungen einmütig in den Streit zu treten beschlossen, haben ihn abgewehrt.

Wie groß die Zahl derer sein wird, die wirklich in den Streit eintreten, ist zurzeit, wo wir dies schreiben, nicht bekannt, wird aber auf mehr als 200 000 geschätzt. Die nächsten Tage werden darüber Gewißheit geben. Sicher ist, daß die Sympathie von Millionen der deutschen Arbeiter auf Seite der Streikenden steht, da sie alle, alle wissen, wie hart es in dem Kleinrentnerium ist und es aufs Neueste antommen läßt, ehe es von dem an sich gerissenen Ertrage der Arbeit den Arbeitern einen geringeren Lohnbrocken gewährt.

Die Gefahr solcher habgierigen Halsstarrigkeit schiebt sie nicht — wozu ist denn die Regierung da, die ihren Ausbeutergewinn zu schützen hat! Ob aber die Halsstarrigen durch die Stimmung des Volkes nicht gezwungen werden, baldigt etwas von ihrem unerbittlichen Gewinn an die wirklich Berechtigten, an die Arbeiter, die ihn schufen, abzugeben und die Löhne zu erhöhen, das wird die nächste Zeit lehren. Sympathie für diese Berggewaltigen hat kein Mensch im Volke, soweit er nicht an der Gewinnmacherei im Bergbau beteiligt ist. Man weiß es allgemein, daß die anmaßlichen Bergherren das Volk durch hohe Kohlenpreise ausplündern und trotzdem menschenunwürdige Löhne zahlen.

Darum wünschen Millionen und aber Millionen Menschen den Bergarbeitern in ihrem Kampfe einen vollen Erfolg.

## Rundschau.

**Rein Arbeiterschutz.** Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend die Generaldebatte zum Etat der Bauverwaltung beendet und den dazu vorliegenden Antrag der Sozialdemokratie betr. gesetzliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes und Schaffung von Wohngelegenheiten für die auf dem Lande beschäftigten Bauarbeiter gegen die Stimmen unserer Genossen und der Fortschrittler abgelehnt. Nicht einmal einer Kommissionsberatung hielt die Mehrheit den Antrag für würdig; so gleichgültig ist ihr das Schicksal der Arbeiter. Und zu dieser Mehrheit gehörte auch das Zentrum, das sich zwar nicht zu dem Antrage äußerte, aber geschlossen gegen die Kommissionsberatung sowohl, als auch gegen den Antrag selbst stimmte — ein Verfahren, durch welches wieder einmal die Hauchelei der Zentrumspartei deutlich zutage trat. Hat doch das Zentrum im Jahre 1909 selbst im Abgeordnetenhause die gesetzliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes beantragt! Heute stimmt es gegen das, was es damals so warm verteidigt hat. Ein solches Treiben vor der Öffentlichkeit setzt unangenehm, ist Pflicht jedes wirklichen Sozialpolitikers. Hoffentlich werden nun endlich auch den Arbeitern, die noch immer dieser Schwindelgarde nachlaufen, die Augen geöffnet werden.

Ganz dieselbe Feindschaft gegen jeden, auch noch so geringen Arbeiterschutz, legte das Haus gegenüber den von unsern Genossen Liebknecht vorgebrachten Wünschen und Beschwerden der Schiffer an dem Tag. Die Mehrheit gefiel sich darin, die Rede Liebknechts als Wahlrede zu bezeichnen. Es sollte keine Wahlrede sein, aber wenn sie zur Wahlrede geworden ist und auch unter den Schiffern die Zahl der sozialdemokratischen Wähler vermehrt, so danken wir das der Rückständigkeit des Dreiklassenparlamentes, das sich schon so oft bewährt hat als Teil jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Im Preussischen Herrenhaus, dieser mittelalterlichen Gesetzgebungsbehörde, hat ein Herr v. Puttkamer folgenden Antrag eingebracht:

„Das Herrenhaus wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, alle erforderlichen Maßnahmen, nötigenfalls auch durch Einbringung von Gesetzesvorlagen, zu ergreifen, welche geeignet erscheinen, Arbeitswillige und Gewerbetreibende in der Verwertung ihrer Arbeitskraft und in ihrer geschäftlichen Tätigkeit wirksam zu schützen vor Vergewaltigung und Bedrückung, sei es, daß diese im Wege unmittelbaren oder mittelbaren Zwanges versucht werden.“

In der Begründung, die dem Antrag beigegeben ist, heißt es:

„Die tägliche Erfahrung lehrt, daß der von der Umsturzpartei gelebte Terrorismus auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Erwerbslebens eine große Zahl von Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden nicht nur in der berechtigten Ausübung ihres Berufes hindert, sondern sie vielfach auch körperlichen Mißhandlungen aussetzt. Dieser Zustand läßt zugleich eine entsetzliche, das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl vernichtende, die staatliche Ordnung beeinträchtigende Wirkung. Angesichts der gegenwärtig erneut drohenden Gefährdung der für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Volksgemeinschaft unerlässlichen Erwerbszweige ergibt sich in verstärktem Maße die Notwendigkeit, dem brutalen Treiben mit allen zulässigen Mitteln und mit tunclichster Beschleunigung entgegenzutreten.“

Der Antrag trägt die Unterschriften der zielbewußten Scharfmacher unter dem ostelbischen Junkertum. Unter der Menge all dieser Grafen, Freiherren und simplen Adligen, die sich so stürmisch für den „Schutz der Arbeitswilligen“ interessieren, findet man nur drei Bürgerliche: den Generalfurberintendenten D. Faber, den Geheimen Sanitätsrat Dr. Reuber aus Kiel und — Adolf Wagner. — Nun kann nicht mehr fehlen!

**Gegen den Ausbau der Gewerbeinspektion** wurde am Montag im sächsischen Landtag eifrig Stimmung gemacht. Es handelte sich um die Anstellung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande. Da gab es zunächst einen scharfen Vorstoß des Konservativen Dr. Mangler gegen die Regierung wegen deren — übergroßen Sozialistenfreundlichkeit. Er machte der Regierung den Vorwurf, daß sie der Sozialdemokratie in einer Weise entgegenkomme, die ein großer Teil seiner politischen Freunde nicht gutheißen könne. Die Erklärung der Regierung, die früher auf einem andern Standpunkt gestanden habe, hätte das maßlose Erstaunen eines großen Teils der Konservativen hervorgerufen. Auf diesem Wege dürfte sie nicht fortfahren. Das führe zur Anerkennung der Sozialdemokratie. Die Staatsregierung müsse ihren Widerspruch zwischen Theorie und Praxis aufgeben und sagen: Ich bin eine Freundin meiner Freunde und eine Feindin meiner Feinde. Dieser Grundsatz sei umgestoßen worden. Sozialdemokratische Beamte dürften auf keinen Fall angestellt werden. Die Sozialdemokratie müsse praktisch bekämpft werden. Staatsminister Graf Bismarck von Ostpreußen erwiderte, daß die Regierung bei ihrer Entscheidung sowohl von den Sozialdemokraten als auch von den Konservativen scharf angegriffen werde. Der goldene Mittelweg, den sie eingeschlagen, sei daher das Richtige. Im übrigen erklärte er, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß sozialdemokratische Beamte nicht angestellt werden dürfen.

Auch drei liberale Redner traten der Anstellung von Arbeiterkontrolleuren entgegen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Held und Linke übten scharfe Kritik an den Mängeln, die die Gewerbeinspektion noch aufweist. Ein Antrag des sozialdemokratischen Abg. Keimling auf Anstellung eines Landgewerbearztes wurde einer Kommission überwiesen.

**Sozialpolitischer Rückschritt in Sachsen.** Mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung für das Gebiet der Invalidenversicherung sind für das Königreich Sachsen auch einige Verschlechterungen eingeführt worden. Seither gehörte Sachsen zu denjenigen Ländern, in denen allgemeine das Einzugsverfahren eingeführt war. Sämtliche Krankenkassen zogen für sämtliche gegen Invalidität versicherte Personen die Beiträge ein. Jetzt werden die Beiträge nur noch für die versicherungspflichtigen Personen eingezogen. Die Beiträge für freiwillige Versicherung sowie die Zusatzmarken sind von den Versicherten selbst zu entrichten. Ueberrannt die Krankenkasse für diese Versicherten gleichwohl die Einziehung der Beiträge und Markenverwendung, so erhält sie keine Vergütung hierfür. Diese Maßnahmen dienen jedenfalls nicht der Förderung der freiwilligen Versicherung. Ganz abgesehen davon, daß den freiwillig Versicherten unnötige Scherereien auferlegt werden, kommen diese durch die Neueinrichtung viel leichter dazu, die Markenverwendung zu vergessen und so die Anwartschaft zu verlieren.

Im übrigen ist den Krankenkassen die Entschädigung für die Einzugsgeschäfte erheblich herabgesetzt worden. Die Ortskrankenkassen erhielten seither 6 Prozent der eingehobenen Beitragssumme. Jetzt sollen sie nur noch 3 pro Wochenbeitrag oder 4 Prozent der Beitragssumme erhalten. Den Zusammenschlußkrankenkassen wird die Gebühr sogar von 6 auf 3½ Prozent herabgesetzt. Die Betriebskrankenkassen erhalten in Zukunft nur ¼ 3 für jeden Wochenbeitrag, die Gemeindekrankenkassen ½ 3 und die Gemeindebehörden ¼ 3. Allerdings sollen — ein kleines Pflänzchen — die Krankenkassen für den Umtausch einer Quittungslatte und die Renaustellung einer Karte Nr. 1 eine besondere Gebühr von 15 3 erhalten.

Reichten schon seither die Vergütungen der Versicherungsanstalt nicht für die einschlägigen Verwaltungsaufwendungen der Krankenkassen aus, mußten vielmehr ganz erhebliche Zuschüsse aus Krankenkassenmitteln geleistet werden, so wird das in Zukunft noch schlimmer werden. Dafür wird das Vermögen der Landesversicherungsanstalt noch weiter erheblich steigen. Voranschaulich wird die nächste Jahresversammlung der freien Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

**Erfüllung der Wartzeit für Altersrentner.** Altersrentnerväter, welche im Laufe des Jahres 1912 ihr 70. Lebensjahr vollenden, haben an Beitragswochen nachzuweisen, wenn sie nach Eintritt in die Versicherung beschäftigt waren:

- a) als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Dienstboten, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte 840—880 Beitragswochen,
- b) als Hausgewerbetreibende der Textilfabrikation 800—840 Beitragswochen,
- c) als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1894 694—734 Beitragswochen,
- d) als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1896 640—680 Beitragswochen,
- e) als Lehrer, Lehrerinnen, Erzieher, Gesellschafterinnen, sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet und dergleichen 480—520 Beitragswochen.

**Ungerechte Einkommenbesteuerung.** Die aufreizendste Einrichtung des Klassenstaates ist die ungerechte Besteuerung. Die Lasten werden auf die schwachen Schultern abgewälzt, die starken gesont. Besonders provozierend tritt das bei der indirekten Steuer in die Erscheinung. Sie entzieht dem armen, nur auf seiner Hände Verdienst angewiesenen Arbeiter einen ungleich größeren Teil seines Einkommens als wie dem Besitzenden. Aber auch die direkte Steuer benachteiligt den Arbeiter und Angestellten. Daß die sogenannten Selbstverschäfer den Staat alljährlich um Hunderte von Millionen Mark betrügen, ist eine von den Patentstaatsstützen kaum noch bestrittene, allgemein bekannte Tatsache. Wird doch das Recht auf Steuerhinterziehung bald als eine der legalen Liebesgaben frank und frei beansprucht. Agrarische Blätter erteilen öffentlich Anweisungen, wie sich Zinsverzehrer vor der Neugier der Steuerbeamten schützen können. Der Arbeiter ist aber auch gegenüber Gewerbetreibenden und Landwirten, die nicht deklarieren, ganz erheblich benachteiligt. Dank der Denunziationspflicht der Arbeitgeber und Hauswirte — die der Arbeiter, nebenbei bemerkt, dem Freisinn verdankt — wird das Lohnneinkommen bis zum letzten Pfennig von der Einkommensteuer erfasst. Anders bei den Gewerbetreibenden und Landwirten. Bei diesen wird nämlich nach sogenannten Normalsätzen bei der Steuerveranlagung verfahren. Das führt zu sehr ungerechten Besteuerungen. Darauf macht ein Landbürgermeister in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ — Nr. 6 — aufmerksam. Das Verfahren sei zu schematisch. Man müßte sich doch fragen: „Kann ein Adersmann, der, wie es manchmal vorkommt, 4, 5, ja noch mehr erwachsene Kinder in seinem landwirtschaftlichen Betriebe ausschließlich beschäftigt, von 15—1600 M Jahreseinkommen, entsprechend den Steuersätzen von 16 bzw. 21 M, mit seiner Familie überhaupt leben, kann er namentlich auch nur etwa so leben wie er lebt?“ Weiter meint der Mann, der Adersmann, der mit all den Hilfskräften nicht mehr verdienen würde, doch sicher seine Kinder lieber in die nächste Fabrik schicken, wo jedes Kind doch wohl 800 bis 900 M im Jahre erziele. Das Unrecht liege darin, daß Gewerbetreibende und Landwirte mit unbesteuerten Hilfskräften tätig sein könnten, für die Besteuerung des Arbeiters und Angestellten aber sein eigener Verdienst maßgebend sei, da die erwachsenen erwerbsfähigen Kinder besteuert würden.

Der Bürgermeister hat mit dem Herausstellen dieses „Schönheitsfehlers“ in der Einkommensteuerveranlagung einen der wunden Punkte berührt, an denen unsere ganze Steuerpolitik so überaus reich ist. So viel ist sicher: der Staat würde beträchtlich im Golde schwimmen, wenn die besserstehenden und Reichen ebenso scharf, auf Grund der bestehenden Gesetze, zu Steuerleistungen herangezogen würden, wie die Arbeiter und die gering besoldeten Angestellten. Zu den eifrigst kultivierten Tugenden der Leute mit gefülltem Portemonnaie gehört die — Steuerscheu!

**Arbeitslohn: ist bar auszuzahlen.** Nach § 115 der Gewerbeordnung sind die Gewerbetreibenden verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichsmarkung zu berechnen und bar auszuzahlen. Diese gesetzliche Vorschrift dürfte allgemein bekannt sein. Immerhin kommen auch Fälle vor, die schließlich vor dem Gewerbegericht zur Verhandlung kommen. Um einen solchen Fall handelt es sich in der Klagesache des Büfettiers D. gegen den Gastwirt R., die vor dem Chemnitzer Gewerbegericht verhandelt wurde. D. hatte das Bier auf Rechnung und erhielt noch als Entschädigung freie Kost; alle Monate hatte er mit der Geschäftskasse abzurechnen. Bis zum Dezember 1911 hatte er nach dem vereinbarten Preisen bezahlt. Auf seinen Lohn hatte er aber außer barem Gelde auch einen Wechsel als Zahlung erhalten. Kurz darauf geriet das Geschäft in Konkurs, der Wechsel ging zu Bruch und D. mußte nun die Wechselklage einreichen. Seinen Anspruch meldete er beim Konkursverwalter als bevorrechtigte Forderung an. Der Konkursverwalter erkannte den Anspruch an, nicht aber, daß dieser bevorrechtigt sei. Nun nahm D. das Gewerbegericht in Anspruch und klagte gegen den Konkursverwalter auf Zahlung von Lohn, an dessen Stelle er den Wechsel erhalten hatte. Der Konkursverwalter bestritt, daß es sich noch um Lohn handeln könne, und bezeichnete den geforderten Betrag als Darlehen, zu dem der Lohn geworden sei, weil ihn D. nicht erhoben habe. Der Konkursverwalter beantragte Abweisung der Klage. Das Gericht konnte dem nicht beipflichten. Es verurteilte den Konkursverwalter zur Zahlung des verlangten Lohnes mit der Begründung, daß von einem Darlehen nicht die Rede sein könne. Der Kläger habe seinen Lohn verlangt, aber nicht voll erhalten. Die Zahlung durch den Wechsel sei entgegen der Bestimmung des § 115 der Gewerbeordnung erfolgt und ungültig. Die Lohnforderung in Höhe des Wechsels bestehe also noch als solche und deshalb sei sie als bevorrechtigt anzuzählen. Es war also, wie gesehen, zu erkennen.

**Frauen bei ungeschicklicher Ziegelei.** Dem Ziegeleimeister Hermann Siegel aus Schöftitz legte eine Anklage zur Last, während der Ziegeleikampagne im vorigen Herbst weibliche Arbeiter zum Abdecken von Lehm verwendet zu

haben, was nach § 139 a der Reichsgewerbeordnung in Verbindung mit einer vom Bundesrat herausgegebenen Bestimmung unzulässig ist. Das Schöffengericht Breslau verurteilte den Ziegeleimeister zu nur 15 M Geldstrafe. Das ist eine sehr milde Strafe, die nicht geeignet ist, die weitere ungeschickliche Beschäftigung von Frauen zu verhindern.

**Die Anklagen gegen streikende Arbeiter zu stande kommen.** Die Anklagen gegen die an dem Streik der Oberrheinischen Metallwerke beteiligten Arbeiter wollen kein Ende nehmen. Es war wieder ein Klempner angeklagt wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen. Der angeblich Beleidigte vermochte seine Beschuldigung vor Gericht nicht anfrecht zu erhalten, und der Angeklagte wurde daher freigesprochen. Auf die Frage, wie er denn zu der Beschuldigung gekommen sei, antwortete der Zeuge, er habe sich die Gunst der Werkleitung sichern wollen. — Das war einmal ein offenes Geständnis. Zweifellos ist dieses Bestreben bei den meisten Elementen vorherrschend, die streikenden Arbeitern in den Rücken fallen und nur zu oft auch die Triebfeder bei dem Versuch, diese dem Strafgericht auszuliefern. Wer aber schützt streikende Arbeiter vor solch gefährlichem Treiben?

Ein drakonisches Streikurteil fällt abermals die Erfurter Strafkammer unter dem Vorsitz des schon mehrfach benannten Landgerichtsdirektors Dr. Siebert. Während der Metallarbeiterausperrung war der an der Bewegung gar nicht beteiligte Angeklagte, ein seit fünf Jahren in einer Erfurter Brauerei beschäftigter Köchler, mit Arbeitswilligen, unter denen sich auch der berühmte Streikbrecher August Würschel befand, in eine Schlägerei verwickelt worden, in der er nach den Aussagen von Arbeitswilligen einen Schloffer mit einem spitzen Gegenstand in den Arm gestochen und den Arbeitswilligen Johann Graul mit einem Stod geschlagen haben soll. Der Angeklagte bestritt die Tat entschieden. Aber auf die Aussagen der Arbeitswilligen hin wurde der noch völlig unbescholtene Mann zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt Kunze hatte 1½ Jahr beantragt.

In der Verhandlung kam auch zur Sprache, daß der Angeklagte von dem Arbeitswilligen Graul mit einer Waffe bedroht worden sei. Graul meinte, er habe „nur nach der Gefäßtasche gefaßt“, aber ein anderer Zeuge bekundete, daß dem Graul, der schon wegen Körperverletzung 2 Monate Gefängnis verbüßt hatte, von der Polizei die Genehmigung zum Waffentragen erteilt worden sei. Es wurde ferner festgestellt, daß auch Würschel und seine Arbeitswilligen während des Tumults einen Arbeiter im Lokale derart mißhandelten, daß er laut um Hilfe schrie. Aber weder Würschel noch einer seiner anderen arbeitswilligen Kumpane erhielten deswegen eine Anklage. Vor Gericht beschönigte Würschel diesen Vorfall mit den Worten, man habe dem Mann „nur ein paar gegeben“, weil er nachforschen wollte, ob Graul einen Revolver trug.

Auf die Aussage des Arbeitswilligen Würschel hin wurde ein Zeuge wegen Verdachts des Meineids in der Verhandlung verhaftet, weil er bestritt, ein früheres Rekontre, als das zur Anklage stehende, beobachtet zu haben. Würschel will den Zeugen von einer Kneipe aus bestimmt erkannt haben, während andere glaubwürdige Zeugen, selbst der Arbeitswillige Graul, Würschels Behauptung nicht bestätigen konnten. Als der Vorsitzende den Zeugen noch einmal vor der Verhaftung fragte, ob er seine Aussage aufrecht erhalte, antwortete er fest und bestimmt, daß er nichts zu korrigieren habe.

**Schnapsprämien statt Lohnerhöhungen.** Die „Vormunder Arbeiterzeitung“ berichtet von einem eigenartigen Verfahren, die Bergarbeiter zufriedenzustellen. Statt mehr Lohn zu gewähren, werden auf der Sache „Berne“ Schnapsbons verteilt, wenn das von den höheren Vorgesetzten gewünschte Quantum Kohlen geliefert wird. In einem Revier sollen die Kohlenhauer 150 Wagen liefern, wenn sie in den Besitz eines Schnapscheins kommen wollen. Wahrscheinlich gehören die Arrangements dieser Schnapsbons zu denselben Leuten, die mit „christlichem“ Augenaufschlag über die Verderbtheit der Welt im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen zernern, wenn sie einen betrunkenen Arbeiter sehen. „Was sagt die Belegschaft zu einer solchen Verteilung?“ fragt die „Arbeiterzeitung“.

„Müßte dies nicht eine Mahnung an die indifferenten Kameraden sein, sich doch endlich ihrer Pflicht bewußt zu werden, sich der Organisation anzuschließen, um so damit beitragen zu können, daß anstatt Fusel anständige Löhne bezahlt werden?“

Wie dieses Jhull aus dem Gegengewichtstaat zeigt, wissen nicht nur die Junker, sondern auch die Industriekapitalisten, was sie an ihrem „Fusel“ haben.

**Christliche organisieren den Streikbruch.** Bei der von den Porzellanindustriellen vom Jaun gebrochenen großen Arbeiterausperrung war man sehr auf die Stellungnahme der Christlichen in Franken und in der Oberpfalz gespannt, deren Führer schon lange vor dem entscheidenden Schritt der Unternehmer eine höchst verdächtige Haltung eingenommen hatten. Der Verdacht, daß die Christlichen schließlich den Streikbruch proklamieren würden, hat sich jetzt vollauf bestätigt. Eine Konferenz der christlichen Porzellanarbeiter, die in Marktredwitz tagte, wies die Mitglieder des christlichen Verbandes an, am 4. März, an welchem Tage die Kündigung und zugleich die Frist abließ, zu der die Meldungen der nicht freizeitsorganisierten Arbeiter zur Fortsetzung der Arbeit entgegengenommen wurde, die Arbeit bedingungslos fortzusetzen. Dieser verräterische Schritt wird mit einer langen gebundenen Erklärung begründet, in der eine Hauptrolle die Behauptung spielt, die christliche Organisation habe keine Möglichkeit, ob die mit Anfertigung von Streitarbeit motivierte Arbeitsniederlegung der Isolatorendreher bei einer Unternehmerverbandsfirma, die bekanntlich den Anlaß zur Ausperrung gab, auf ihre Wahrheit zu prüfen. Der wahre Grund ist, daß die Christlichen im Erben zu sitzen hoffen. Die Suppe wird ihnen aber gewaltig verfalzen werden.

Gelb. Das Organ der „Gelben“, „Der Wertverein“, bringt unter obiger Ueberschrift in seiner letzten Nummer folgende Notiz:

## Emil Burgold tot!

Der treuesten und bravsten einer ist dahingegangen; Emil Burgold, Leiter des 3. Gau's im Deutschen Tabakarbeiter-Verband, ist am 7. März zu Braunschweig gestorben. Für seine Lieben, für die Freunde, für unsern Verband ein schmerzlicher Verlust. Emil Burgold war ein ganzer Mensch, der in tiefinnerster Ueberzeugung den großen Zielen der Arbeiterfrage nachging; seine Tätigkeit für unsern Verband war ihm vornehmste Lebensaufgabe. Mit seltener Pflichttreue und unermüdetem Eifer hat Burgold als einfaches Mitglied, als Bevollmächtigter, und dann als Gauleiter die Interessen des Verbandes, und damit die der deutschen Tabakarbeiter, vertreten. In seinem Gau genoss er besondere Liebe und Achtung. Früh hatte er gelernt, in der Organisation die rechte Wehr und Waffe für den Arbeiter zu sehen; gehörte er doch unserm Verbande seit seiner Gründung an. In Pöbneck in Thüringen geboren, hat unter nun für immer verstummte Freunde schon in seinen Kinderjahren, wie er uns gelegentlich mit bitterer Wehmut erzählte, herbstes Proletarierdasein durchkosten müssen. Als Zigarrenarbeiter dann auf eigenen Füßen stehend, zog er mit offenem Auge in die Welt, um schon als Jüngling regen Anteil zu nehmen an dem schweren Kampfe des Proletariats. In Braunschweig eine neue Heimat findend, sah sein schlichtes Wirken und Wollen manche Freude, manchen Erfolg; ein glückliches Familienleben erhöhte seine Schaffenskraft. Burgold sorgte sich um seinen Gau und dessen Mitglieder, wie nur ein Vater sich um seine Kinder sorgen kann, sein langes Siechtum war ihm doppelt unerträglich, da er nicht wie sonst für den Verband und seine Mitglieder restlos schaffen konnte. Nur 49 Jahre alt, mußte dieser in der Treue so vorbildliche Mann ins Grab sinken! Wir danken ihm und werden seiner nicht vergessen!

## Reichstagsbrief.

Die Verhandlungen über den Etat des Reichsamts des Innern haben volle acht Tage gedauert. Einen befriedigenden Abschluß haben sie, wie oft, nicht gefunden. Herr Dr. Delbrück, der Staatssekretär des Innern, um dessen Gehalt sich die Wünsche aller Parteien gruppierten, entzog sich mit allglatte Gewandtheit allen festen Versprechungen, wie viel er auch auf die vielen Anzuspaltungen geantwortet hat. Nur den Versicherungsgesetz für Feuerwehrleute und Krankenpfleger kündigte er bestimmt an.

Auf die weltausgreifenden Angriffe der Sozialdemokraten gegen die preistreibende Wirtschaftspolitik, die die Lage der Arbeiter schwieriger gestaltet, magte der Staatssekretär keine Wünsche auf Besserung zu eröffnen, weil die Ämter und Ägarter, die Zollwucherer auf Beibehaltung der bisherigen Methode bestanden. Da fielen nur die für die Arbeiter trostlosen Worte, daß die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung sich bewährt habe. Ob sie fortgesetzt wird, wenn die Revision des Wucherzolltarifs zur Erlangung neuer Handelsverträge vorgenommen wird, das muß abgewartet werden. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Viermillionenpartei auch außerhalb des Reichstages mit ihrem Kampfe gegen den Zollwucherer wird einsehen müssen.

In einer guten Rede forderte der Genosse Siebel die Regelung eines einheitlichen Rechts für den „neuen Mittelstand“, wie die Angestellten seit dem Versicherungsgesetz für Privatangestellte bezeichnet werden. Und Genosse Bus stellte die Forderung des freien Kontraktionsrechtes und die Aufhebung aller überlebten Gesetze für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Aber es wird nachdrücklicher Handlungen bedürfen, um diese dringlichen, zeitgemäßen Wünsche zu verwirklichen.

Rede auf Rede folgte noch von den verschiedensten Parteien, allein, der Gleichmut des Staatssekretärs, dessen Gehalt endlich nach acht Tagen bewilligt wurde, blieb unerschütterlich.

Am Freitag, den 3. März, wiederholte sich dann die Präsidentenwahl. Sie wurde durch den Streit und den Schacher der bürgerlichen Parteien untereinander zu einer Pöffe.

Die vermeigerte Hofgängerin Scheidemanns sollte ein Grund für die Ausschließung sein? Lächerlich! Man mußte vorher, ehe man Scheidemann wählte, daß Sozialdemokraten den höfischen Dudelkram nicht mitmachen. Und Scheidemann's frühere Neben gegen das preußische Königshaus? Man kannte sie alle, ehe man ihn gewählt hatte. Kinderlei — sie jetzt auszugraben! Alles Heuchelei! Die Herrschenden wollen unter sich sein. So denkt auch der Hof. Darum mußte Bethmann-Hollweg alles tun, was nur möglich war, um die Schwarz-Blauen und die Nationalliberalen zur Ausschließung des Sozialdemokraten von der Geschäftsführung zu bewegen.

Uebrigens und außerdem war diese Bearbeitung der genannten Parteien für den Reichskanzler ein probates Mittel, seine Sammlungspolitik unter den Bürgerlichen weiter zu betreiben. Er braucht eine Mehrheit im Reichstage. Auf der Linken ist sie nicht zu finden. Die Sozialdemokratie ist der Feind, der einzige Feind, der prinzipiell der reaktionären Regierung zu Leibe geht. — Die

Rechte und das Zentrum haben samt den Polen und dem ganzen antilemischen Ge—müße keine Mehrheit. Da müssen die Nationalliberalen heran, die schon darauf lauern. Diesen Drehscheibenmännchen kam es doch nur darauf an bei den Wahlen, den schwarz-blauen Block in die Minderheit zu drängen, damit sie dann wieder mit zur Regierungsmehrheit herangezogen werden müßten. Jetzt ist der Zeitpunkt da, wo dies vollzogen wird.

Der erste Schritt ist getan — dem Reichskanzler ist es gelungen, die Nationalliberalen schon jetzt auf ihrer Scheibe zu sich heringedreht zu haben. Zwar sind sie blamiert bis auf die Knochen, vor aller Welt lächerlich gemacht, aber wann hätten sich die Nationalliberalen nicht blamiert!

Die Komödie der Präsidentenwahl sah aber noch mehr Blamierte. Die Schwarz-Blauen, die den Präsidentensitz nicht errangen! In stolzer Rache verzichtete dann das Zentrum darauf, im Präsidium vertreten zu sein. Die Trauben hingen selbst für die schwarzen Früchte zu hoch. Und um sich bei Hofe beliebt zu machen, wählten sie mit den Nationalliberalen und Konservativen den Sozialdemokraten hinaus aus dem Präsidium und sind nicht wenig stolz auf diese Heldentat. Was ob die Weltgeschichte deshalb auch nur einen Augenblick still stände! Die Macht der Sozialdemokratie bleibt, wie sie war, ja sie gewinnt vielmehr nach dieser Wahl-Rinderei.

Die Fortschrittler stellten sich in der Frage der Präsidentenwahl voll auf die Seite der Sozialdemokraten und sind korrekt verfahren. Die Blamage fällt also auf die übrigen bürgerlichen Parteien, die nun, um ein sozialistisches Präsidium zu schaffen, einen Fortschrittler und einen Nationalliberalen zu Vizepräsidenten wählten, nachdem der Fortschrittler Kampf mit Hilfe der Sozialdemokraten zum Präsidenten gewählt worden war.

Also besteht das Präsidium aus zwei Fortschrittler und einem Nationalliberalen, dem Abg. Paasche. Eine Abnormität in der Präsidentschaftsgeschichte des Reichstages, weil die Parteien, die das Präsidium stellten, in der Minderheit sind.

Doch die Wirren sind, wie es scheint, noch nicht zu Ende. Da der Präsidentenkampf mit nur 9 Stimmen Mehrheit bei den Reichstagswahlen das Mandat gewann und gegen seine Wahl Protest eingelegt ist, so ist nicht ausgeschlossen, daß sein Mandat für ungültig erklärt wird. Dann hätte ein nicht zu Recht Gemählter den Präsidenten des Reichstages gespielt. Sehr interessant, nicht wahr?

Und was dann? Nun dann beginnt die Komödie der Präsidentenwahl noch einmal. Das Zentrum macht sich schon Hoffnung darauf, wenigstens dann den Präsidentensitz zu erlangen. Doch das bleibt abzuwarten. Inzwischen geht die Entwicklung mit ehernen Tritten weiter.

Das „Präsidium der Linken“, wie man das Dreimännerkollegium Kampff, Paasche und Dove gestaut hat, wird in dieser Session die Geschäfte des Hauses führen; dabei muß es sich nach den Wünschen der Mehrheit des Reichstages richten, sonst beginnt der Konflikt. —

Nach der Präsidentenwahl vertagte sich der Reichstag bis zum 12. März.

## Lehrverträge in der Zigarrenindustrie.

Ist das Zigarrenmachen ein Handwerk, bezw. eine gewerbliche Tätigkeit in dem Sinne, daß die §§ 126 bis 132 a der Gewerbeordnung, die vom Lehrlingsverhältnis handeln, zur Anwendung zu bringen sind? Obgleich diese Frage wirklich nicht mehr neu, ist man zu einer gleichmäßigen Beantwortung derselben noch nicht gekommen, auch nicht in der Rechtsprechung. Und doch ist die Entscheidung von nicht zu unterschätzender Bedeutung, und Arbeiter wie Unternehmer sind dabei außerordentlich interessiert. Eigentlich sollte aus der Praxis heraus die Frage leicht beantwortet werden können, denn die genügende und zweckmäßige Ausbildung des Arbeiters oder der Arbeiterin müßte das allein ausschlaggebende dabei sein. Leider ist das nun nicht der Fall, und wie die Lehrlingsfrage zum guten Teil von den Unternehmern überhaupt unter dem Gesichtswinkel der Ausbeutung, des Profits, betrachtet wird, so geschieht es von den Zigarrenfabrikanten nicht minder.

In allen Gegenden der Zigarrenindustrie gewahren wir das Bestreben der Fabrikanten, das Zigarrenmachen, oder gar das Wickelmachen, als eine handwerksmäßige Tätigkeit darzustellen und daraus für die Praxis die Befugnis zum Abschluß von Lehrverträgen im Sinne der Gewerbeordnung, insbesondere auf die Dauer der Lehre (3 bis 4 Jahre), herzuleiten. Einmal soll dadurch der immerhin in der Zigarrenindustrie wegen der geringen Löhne bedeutenden Fluktuation ein Riegel vorgeschoben werden, dann aber auch ist es für den Unternehmer ein gewaltiger Vorteil, wenn für ihn die Bahn frei ist, stündig von einer Anzahl „Lehrlingen“ für äußerst geringen Lohn einen mehr oder minder großen Teil seiner Ware fertigestellt zu erhalten.

Hat nun auch der Arbeiter Wert auf seine berufliche Ausbildung zu legen, so hat er doch kein Interesse daran, dem Unternehmer unbezahlte Arbeitskraft zu liefern. Und wie behaupten, daß zur Ausbildung eines Zigarrenmachers eine Lehrzeit in der Ausdehnung wie sie die Gewerbeordnung vorschreibt und die Fabrikanten sie münchlich, nicht erforderlich ist; wie wir dem selbstverständlich auch bestreiten, daß das Zigarrenmachen ein Handwerk ist.

Schon die fortwährende Verlegung der Betriebe in Orte, wo bisher nie eine Zigarre gemacht worden ist, schlägt die Auffassung der Fabrikanten nieder. Da wer-

den gleich viele Arbeiter oder Arbeiterinnen in den neuen Betrieben „angelernt“, und nach ganz kurzer Zeit ist die Fabrikation flott im Gang, während die Arbeiter im verlassenen Orte mit ihrer vielleicht dreijährigen Lehrzeit auf dem Trockenen sitzen oder sich anderen Berufen zuwenden können, wenn nicht zufällig ein anderer Fabrikant sich auf dem abgegrasten Felde etabliert. Natürlich wollen wir nicht behaupten, daß die vielleicht in einem halben Jahre Angelernten nun das Zigarrenmachen aus dem ff verstanden. Aber ist denn der Handwerkslehrling nach beendeter Lehre völlig ausgebildet? Muß er nicht noch als Geselle nach Fertigkeit und Verbollkommnung streben? Gerade der Umstand, daß die Kenntnisse der nötigen Griffe noch nicht das Können verbürgt, worauf es ankommt, läßt uns die Deklarierung des Zigarrenmachers als Handwerk und damit den Lehrvertrag verwerfen. Wir wollen einmal die Absurdität eines solchen Lehrvertrages aus der Praxis beleuchten. Zum Beispiel fabriziert da ein Unternehmer in Baden, im Eichsfeld, einerlei wo, in der Preislage bis 50 M pro Mille, also Zigarren, zu deren Anfertigung unmöglich die Leistung eines tüchtigen Zigarrenarbeiters, soweit Fasson und Akkuratheit in Frage kommt, verwendet werden kann. Aber auch dieser Fabrikant schließt, wenn ihm die Möglichkeit gegeben, Lehrverträge auf die Dauer von 3 Jahren ab. Ist denn in solchem Falle überhaupt die Möglichkeit zur Ausbildung zum tüchtigen Zigarrenarbeiter? Und wenn ein Arbeiter 10 und noch mehr Jahre in einem solchen Betriebe „lernt“, wird er nicht mehr leisten können, als was gerade dort verlangt wird. Ein Fachmann wird doch schließlich nicht behaupten wollen, daß der Fabrikant nur zum Zwecke der besseren Ausbildung seiner Lehrlinge Tabak hergibt. Es ist bemerkenswert, daß gerade dort, wo noch heute die besten Zigarren, die teuersten und schwierigsten Fassons gemacht werden, in Hamburg und Bremen, nie eine längere Lehrzeit bestand, wie denn das Zigarrenmachen früher eigentlich nie als Handwerk betrachtet worden ist und sonderbarerweise erst die Großindustrie derartige Bestrebungen zeigte.

Daß das Streben nach Lehrverträgen in der Zigarrenindustrie kapitalistischen Tendenzen entspringt, ist auch aus einer Bemerkung in dem Bericht der badischen Gewerbeinspektion für 1911 zu entnehmen. Bekanntlich ist die badische Gewerbeinspektion mit uns der Ansicht, daß in der Zigarrenindustrie ein Lehrverhältnis im Sinne der Gewerbeordnung nicht Platz greifen kann; sie hat dieses auch wiederholt in ihren Berichten dargelegt. Wahrscheinlich auf einen erneuten Ansturm der Fabrikanten hin verteidigt sie im letzten Bericht ihren Standpunkt und schreibt: „Unserer Ansicht stimmen viele Arbeitgeber bei, insbesondere des Oberlandes, wo die Industrie noch jüngeren Datums ist und mit Arbeitermangel weniger zu kämpfen hat, als im Unterland.“ Hier also ist es deutlich genug ausgesprochen, daß es Arbeitermangel ist, der die Unternehmer nach der stärkeren und längeren Fesselung der Arbeiter an ihren Betrieb zur besseren d. h. gesetzmäßigen, Ausbeutung veranlassen läßt. Dort, wo neben der Zigarrenindustrie sich andere Industrien mit höheren Löhnen entwickeln und die Tabakfabriken sich anderen Berufen zuwenden, ist das Verlangen nach längeren Lehrverträgen am größten. Man möge nur höhere Löhne zahlen, statt nach Erweiterung des Ausbeutungsrechts zu streben. Uebrigens zeigt der wiederergebene Satz aus dem badischen Bericht mit münchenswerter Deutlichkeit, daß bei dieser Frage die Ausbildung zum tüchtigen Zigarrenmachern keine oder nur eine sehr geringe Rolle spielt.

Wenn es weiter im Bericht der badischen Gewerbeinspektion heißt: „Auch von Meistern, deren Urteil wir sachliche Bedeutung beilegen, wurde uns vielfach bestätigt, daß Abschluß von Lehrverträgen durch die berufliche Ausbildung nicht bedingt wird“, so wundern wir uns nur, obgleich auch wir zur Aneignung der nötigen Handgriffe eine gewisse Zeit der Einarbeitung für selbstverständlich halten, daß die Inspektion trotzdem noch Arbeitsverträge bis zu zweijähriger Dauer anerkennt. Das ist viel zu lange für Zigarrenarbeiter, und den Unternehmern wird zum Schaden der Arbeiter nur etwas weniger gewährt, als sie beanspruchen. Ein Vierteljahr, höchstens ein halbes Jahr reicht vollkommen zur nötigen Einarbeitung aus.

Daß eine eigentliche Lehrzeit im Sinne der Gewerbeordnung nicht für erforderlich erachtet wird in der Zigarrenindustrie beweist auch die Tatsache, daß in manchen Gegenden, sobald die nötigen Griffe gelernt sind, schon Lohn gezahlt wird, der zwar zunächst noch niedrig ist, der aber in bestimmten Zeitabschnitten zum Lohn des Vollarbeiters steigt. Das wäre nicht denkbar, wenn es sich um das handwerksmäßige Erlernen eines Berufes handelte. Ueberhaupt muß man bei Beantwortung der ganzen Frage die Arbeit eines Zigarrenarbeiters betrachten; die von Minute zu Minute wiederkehrende, immer gleiche Tätigkeit ist gewiß keine handwerksmäßige und gibt an sich nicht die Merkmale einer qualifizierten Leistung. Auch die Fabrikanten werden doch nicht behaupten wollen, daß es ihnen darauf ankommt, dem Zigarrenarbeiter Tabakkenntnisse, Tabakzubereitung usw. beizubringen. Alles von uns Gesagte trifft natürlich in erhöhtem Maße zu, wenn der Lehrvertrag sich gar noch auf die Erlernung von Wickelmachen und Einrollen gesondert beziehen soll.

Die württembergische Gewerbeinspektion in Stuttgart steht denn auch unserer Auffassung bedeutend näher. Auf eine entsprechende Eingabe unseres Karlsruher Gau-sekretariats schreibt sie unterm 20. Jan. 1912: „Auf Ihre Mitteilung vom August v. J. über ungesetliche Lehrver-

Wage in der Heilbronner Zigarrenindustrie habe ich zunächst mit der bedeutendsten dortigen Firma die bisherigen Verträge mehrfach besprochen mit dem Erfolg, daß die Lehrverträge nunmehr abgeschafft werden. Die Kauttionen wurden sofort, dem Gesetz entsprechend, geregelt. An die Stelle der Lehrverträge wird ein Arbeitsvertrag treten, der keine Bindung der Arbeiter auf Jahre hinaus ausspricht, sondern nur für minderjährige Personen vierteljährliche Kündigung vorzieht. Gelegentlich der diesjährigen Revisionen in den übrigen Zigarrenfabriken wird auf die allgemeine Einführung solcher Verträge an Stelle der Lehrverträge hingewirkt werden.

Diese Auffassung der württembergischen Gewerbeinspektion läßt sich hören. Ein Lehrvertrag in der Zigarrenindustrie im Sinne der Gewerbeordnung kann es nicht geben; auch Gerichte haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. Aber wir sind auch der Meinung, daß es dann keine Arbeitsverträge zur teilweisen Umgehung des Rechts geben kann, daß aber mindestens solche von ein- bis zweijähriger Dauer, als wider die guten Sitten verstoßend, nicht als rechtmäßig bestehen können. Wird es nun nicht möglich sein, auf dem Wege der Verwaltung oder der Rechtsprechung die ungeleglichen Lehr- und Arbeitsverträge zu beseitigen, so werden sich die Tabakarbeiter gezwungen sehen, an die Gesetzgebung heranzutreten, vorderhand aber durch ihre Organisation aufführend zu wirken, um nach Möglichkeit die Ausbeutung sogenannter Lehrlinge zu hindern. Die Tabakarbeiter (was hier von der Zigarrenindustrie gesagt worden ist, trifft auch noch auf andere Zweige der Tabakindustrie zu) haben, wie die Arbeiter überhaupt, das lebhafteste Interesse, den Ertrag ihrer Arbeit möglichst voll, aber auch möglichst bald, zu erhalten. Braucht der Fabrikant eine gute Arbeitsleistung und handelt es sich wirklich um eine bessere Ausbildung, so mag er die Kosten dafür gefälligst selbst tragen. Es kann einem Zigarrenarbeiter gleich sein, ob er bei einer teuren oder billigen Arbeit gut verdient, die Hauptsache ist, wenn er nur gut verdient; kunstgewerbliche oder nur handwerksmäßige Aufgaben kann er seiner nicht, und dafür, daß der Fabrikant der Konkurrenz die Spitze bieten kann durch vollendete Leistung der Arbeiter, mag er auch bezahlen. Aber, wie gesagt, handelt es sich bei dem Drängen der Unternehmer nicht einmal um die bessere Ausbildung. Also: Fort mit den Lehrverträgen und langfristigen Arbeitsverträgen!

## Die Rauchtabakfabrikation.

Von Wilh. Albrig, Burgtheater.

(Schluß.)

### 3. Verpackung.

Die Tabakblätter wurden früher mit der Hand gemacht, doch ist die Technik so weit vorgeschritten, daß man heute die komfortabelsten Maschinen zur Herstellung von Papier-Tabakblättern hat. Die Herstellung der Lätze geht etwa in folgender Weise vor sich: Das durch die Stanzmaschine ausgestanzte Blatt Papier wird von der bedienenden Person auf den Transporteur der Maschine gelegt und von letzterem unter den Klebeapparat geführt, welcher dem Blatt den Klebstoff aufdrückt, jedoch nur dann, wenn ein an der Maschine befindlicher Fußtritt niedergedrückt wird; sobald nur der Arbeiter diesen tritt verläßt, können die den Klebstoff auftragenden Stempel den Transporteur nicht berühren und wird so ein Verschmieren des Transportierendes verhindert für den Fall, daß der Arbeiter das Auflegen der Blätter unterbrechen oder beenden will. Das Blatt wird über mehrere Stationen nach dem Falzdorn transportiert, so daß während dieser Zeit der Klebstoff in das Papier eindringen kann.

Unter dem Falzdorn, welcher die Form der fertig gefüllten Pakete hat, angekommen, wird das Blatt um diesen herum der Längsseite nach herumgefalzt; sobald das Papier gefalzt und der Länge nach festgelegt ist, tritt die Bodenschließvorrichtung in Tätigkeit und legt die ausgestanzten Bodenlappen des Blattes übereinander, welche sofort von einem hervortretenden Kautschukstempel festgepreßt werden. Hierauf wird die fertige Lätze von dem Falzdorn durch den in demselben befindlichen Ausstoßstempel abgestreift und selbsttätig abgelegt. Die Leistung der Maschine beträgt 50 Lätzen in der Minute.

Nachdem nun die Lätze auf vorstehende Art und Weise fertig geworden ist, wird dieselbe mit dem für dieselbe bestimmten Tabak gefüllt. Früher, auch in kleinen Betrieben heute noch, wurde die Lätze mit der Hand gestopft. Aber auch die Technik ist hierin vorgeschritten und man hat für diese Arbeit die sogenannte Paketiermaschine erfunden. Die Bedienung einer solchen Maschine ist einfach, indem eine Person den Trichter mit der Papierhülle einsetzt und den abgewogenen Tabak einfüllt. In dieses geschieht, so wird der Tisch gedreht und die Maschine tritt in Funktion, gibt dem Tabak die nötige Pressung und hebt den Trichter aus der Lätze heraus. Nachdem der Tisch wiederum gedreht ist, wird das Paket von einer zweiten Person geschlossen, um dann noch selbsttätig eine leichte Nachpressung zu erhalten, wodurch ja nach Wunsch entweder ein vorsehender Rand angepreßt wird, oder durch Druck auf der ganzen Fläche bei vierkantigen Paketen scharfe Ecken eingebracht werden. Hierauf wird das Paket aus der Maschine geworfen. Man ersieht aus der Schilderung, daß stets vier Pakete in der Maschine in Arbeit sind und beginnt die Maschine selbsttätig ihre Funktionen, sobald der Tisch um einen Viertelkreis gedreht worden ist. Zum besseren Einfüllen ist ein besonderer Fülltrichter eingebracht und zwar so, daß er je nach der Höhe des Trichters schnell eingestellt werden kann. Er ist um eine kleine Achse drehbar und kann zu jeder Zeit beiseite geklappt werden.

Die Maschine liefert bei kleineren Paketen 6000, bei

größeren Paketen 4—5000 Pakete pro Tag. Für das Wiegen des Tabaks muß eine dritte Person tätig sein.

Das neueste auf diesem Gebiete ist die automatische Paketiermaschine, die in 10 Stunden 30 000 Pakete liefert. Dieselbe wird von 5 Personen bedient, vier wiegen den Tabak ab und füllen ihn in die Becher des Elevators, von wo aus er in die Maschine gelangt. Die fünfte Person legt die Papierbögen auf eine Kette und werden sie der Maschine dann selbsttätig zugeführt, die nun Tabak und Papier automatisch zu einem Paket verarbeitet, das fix und fertig dann zum Vorschein kommt.

Fast alle besseren Maschinen, die in der Rauchtabakfabrikation verwandt werden, werden in Deutschland fabriziert.

### h. Surrogate.

Um dem Rauchtabak einen angenehmen Geruch zu verleihen, werden Surrogate oder Essenzen verwendet. Es kommen hauptsächlich Weichseifenblätter und andere Kirschlorbeerblätter, Vanilleroast, Melilotenblüten, Waldmeister usw. in Anwendung. An Kirschlorbeeren wird der größte Teil in Anhalt, Thüringen, Schleswig-Holstein und Brandenburg, an Vanilleroast und Vanilleblättern in Rheinland, Hamburg und Hannover, an Melilotenblättern in Westpreußen, Schlesien und Posen verwandt. Andere Ersatzstoffe werden nur in ganz geringfügigen Mengen verbraucht.

## Einige Stücklein von den professionellen Aufschneidern.

Wie sagte noch Dr. Sigl von den „Christen“, die sich im öffentlichen Leben zur Verhinderung des Fortschritts auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete so unangenehm bemerkbar machen? „Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“. Dr. Sigl ist etwa kein Sozialdemokrat, sondern ein guter Katholik und scheint seine Pappenhäuser sehr genau zu kennen. Wir sind von jeder der Ansicht gewesen, daß z. B. die Macher der sogenannten christlichen Gewerkschaften in der Wahrheit und Lauterkeit der von ihnen zur Stütze ihrer auf die Zersplitterung der Arbeiterbewegung hinauslaufenden Unternehmungen gebrauchten Mittel nicht wählertisch sein können. Die Erfahrung zeigt gerade bei dieser Art Christen die Gebrechlichkeit des Charakters und wie bei der Dirne die aufgedonnerte Kleidung, soll bei ihnen der Mantel reinster Wahrheit, den sie sich so ostentativ umhängen, wirken. Natürlich fallen noch immer Leute darauf hinein, was uns vorderhand auch noch nicht zu wundern braucht. Wir wissen, daß sie alle, alle, zu uns kommen werden, der eine früher, der andere später; die reife Frucht pflücken wir. Deshalb z. B. stehen wir auch den Geschwunden nach dieser Richtung innerhalb unseres Berufes ruhig und gelassen gegenüber und werden wie bisher für unsere Sache. Nur wenn die Patentchristen die Wahrheit gar so sehr strapazieren, halten wir eine kalte Douché für nötig. Nicht etwa, daß wir erwarten, die Armen im Geist würden als dauernd gebessert entlassen werden können, sondern nur des Augenblicks wegen. Schließlich fragt auch ein Löwe, wenn es etwa eine Laus an seinem Körper gar zu toll treibt. So wollen wir denn ein paar der christlichen Aufschneiderlein festnageln.

Die „Westfälisch-Bippische Volkszeitung“, auch „Ravensberger“ genannt, redete kürzlich davon, daß die Mitgliederzahl des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zurückgegangen sei, und zwar habe sie am Schlusse des Jahres 1910 noch 34 046 betragen, während es nach dem Reichsarbeitsblatt 1912, Nr. 1, nur noch 33 800 seien. Demnach ein Verlust von 246 Mitgliedern. Der „Ravensberger“ selbst weiß natürlich von diesen Dingen nichts und hat sich die Notiz von einem der bekannten Wahrheits- und Weisheitsapostel der „christlichen“ Tabakarbeiterorganisation vorliegen lassen. Hätte dieser Mann aber nicht so ausgesprochen christliche Eigenschaften, wäre der „Ravensberger“ nicht so blamiert worden; denn daß die im Reichsarbeitsblatt in der Arbeitslosenstatistik genannte Zahl von 33 800 nicht die Gesamtmitgliedszahl, sondern nur die Zahl der Mitglieder ist, auf die sich die Statistik erstreckt, konnte er um so eher wissen, als wir sein Verbandsorgan im vorigen Jahre wegen derselben Manipulation zurechtstutzen mußten. Und dann weiß der Zuträger des „Ravensberger“ aus Erfahrung, daß unser Verband gerade im vierten Quartal des vorigen Jahres einen so starken Zustrom neuer Mitglieder hatte (und noch hat), daß dadurch die immer bei so hohen Extraherholts wurden, zum großen Leidwesen der „Christen“. Oder hat der Mann sich gar nicht die Mühe gemacht, die Ziffern der Arbeitslosenstatistik sich einmal anzusehen und zu vergleichen? Sieht freilich seinem „christlichen“ Verstande auch ähnlich. Um dem Wahrheitschristen den Fuß abzuschneiden, haben wir vorläufig festgestellt, daß die Mitgliederzahl unseres Verbandes am Schlusse des vierten Quartals 1911 35 402 betrug; das sind nicht 246 weniger, sondern 1356 mehr, als am Schlusse 1910.

Nun eine Aufschneiderin in des Wortes verwegener Bedeutung, wie sie die „christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung in ihrer letzten Nummer „tätigt“. In einem Artikel: „Wir badischen und süddeutschen Tabakarbeiter“, wird unter Bezugnahme auf die auch von uns in voriger Nummer gebrachten Lohnfeststellungen der badischen Gewerbeinspektion in einer Anzahl Zigarrenfabriken gesagt (der gesperrte und fetzte Satz findet sich auch in der

2-3):  
Som Jahre 1907 bis 1906, wo wir gewerkschaftlich noch wenig arbeiten konnten, klag der wöchentliche Durchschnittsverdienst von 9,12 M auf 9,43 M also um 31-3 oder um 3,4 Prozent. Som Jahre 1906 bis zum Jahre 1911, wo wir auf der ganzen Linie mit Lohn-

bewegungen einsetzten, wo wir trotz der großen Schwelgerzeiten an der Hebung unseres Standes arbeiteten, klag der wöchentliche Durchschnittsverdienst von 9,43 M auf 10,95 M, also um 1,52 M oder um rund 16 Prozent. Der Durchschnittsverdienst ist also in den letzten sechs Jahren 12 Prozent mehr gestiegen, als in den acht vorausgegangenen Jahren. Diese Mehrleistung ist auf unsere intensive Arbeit zurückzuführen. Rechnet man die Steigerung des Lohnes vom Jahre 1906 bis zum Jahre 1911 in Zahlen um, so beträgt dieselbe wöchentlich 1,52 M oder im Jahr rund 79 M. Rechnet man diesen Mehrverdienst nicht nur auf die an der Erhebung beteiligten gewesenen Arbeiter, sondern auf die 40 910 badischen Tabakarbeiter, die im Jahre 1911 vorhanden waren, um, so ergibt es die Summe von 3 231 900 M. Legt man sich die mittlere Durchschnittssteigerung, welche wöchentlich ungefähr 1 M beträgt, zu Grunde, so ergibt das vom Jahre 1906 bis zum Jahre 1911 einen Mehrverdienst von rund 800 M. Das ist bei den durchschnittlich ungefähr 40 000 badischen Tabakarbeitern und 12 Millionen Mark. Diese 32 Millionen Mark, die die badischen Tabakarbeiter im Jahre 1911 gegenüber dem Jahre 1906 mehr verdienen, die 12 Millionen Mark, die sie in sechs Jahren insgesamt mehr verdienen, ist zum großen Teile auf die Tätigkeit des christlichen Tabakarbeiter-Verbandes zurückzuführen.

Mit diesen Zahlen wird glänzend der Wert unseres Verbandes bewiesen, und das Geschwätz der Redner und Unwissenden: „der Verband hat ja doch keinen Wert“, widerlegt.

Das ist die Prahlerei auf die Spitze getrieben. Selbst wenn die ziffermäßige Rechnung stimmte, ist ettel Lug und Trug. Und Leute, die derartiges fertig bringen, nehmen sich heraus, bei uns ständig von „maßlosen Lebertreibungen“ zu reden. Wenn nun nicht die deutschen Tabakarbeiter zum „christlichen“ Verband kommen, ist ihnen wirklich nicht zu helfen. Wir haben zwar noch nichts von der intensiven Arbeit der „Christen“ in Baden gehört, aber unsere Mitglieder dort werden uns nun ja wohl endlich einmal darüber berichten und das Rezept dieser Erfolge einschicken.

Noch an einer andern Sache möchten wir bei dieser Gelegenheit die Hohlheit der „christlichen“ Kampfesweise zeigen. In Nr. 8 des Tabakarbeiter berichteten wir über die für den westfälischen Kampf eingegangenen Gelder der freien und „christlichen“ Arbeiter und knüpften daran, gemäß der verhältnismäßig geringen Summe, die von den „Christen“ aufgebracht wurde, die Bemerkung, daß es mit der Opferwilligkeit der „Christen“ schlecht bestellt sei. Das hat der „christlichen“ Tabakarbeiter-Zeitung natürlich nicht gepaßt und zur Veruhigung ihrer Schäfchen wimmert sie sich eine Entgegnung zurecht, aus der diese, wie immer bei solchen Gelegenheiten, nicht klug werden. Wenn die Tabakarbeiter-Zeitung meint, daß „die Herren von der roten Kultur“ noch schlechter wegkämen, wenn die „Christen“ ebenso die von ihren Zentralverbänden gegebenen Gelder mit den durch Sammlungen aufgebracht zusammenstellten, wie es die Generalkommission gemacht hat, so wundert uns, daß man dann nicht die Summe veröffentlicht. Bei der bekannten Aufschneiderin der „Christen“ darf also die Nichtigkeit unserer werden, da sie sich sonst den fetten Hapen, genügende Leistungen marktschreierisch in die Welt hinauszuposaunen, nicht hätten entgehen lassen.

## Die Entwicklung der Tabakindustrie in Enger.

Vor etwa 60 Jahren galt Enger trotz seiner historischen Vergangenheit im Ravensbergerlande nur als ein kleiner Marktort. Die Einwohner beschäftigten sich mit der Landwirtschaft. Auch wurde noch von den Bauern und Heuerknechten Flachs gebaut, der dann im Winter zubereitet und zu Garn gesponnen wurde, um dann in Jöllenbeck und Bielefeld, wo schon die Leinwandindustrie vorhanden war, verkauft zu werden. Bei den Bauernknechten und -Heuerknechten herrschte überall Not und Entbehrung. Mancher arbeitslose Bauer konnte sich nach dieser alten schönen Zeit nicht mehr halten, so ihm Arbeitsträfte in Halle und Jöllenbeck zur Verfügung standen. Brauchte er in den Zeiten einen Pferdebesitzer oder Schweinehirt, so hatte er die Auswahl; die Eltern freuten sich, wenn ihnen der Bauer ein Kind abnahm, damit sie es vom Tische los wurden. Wenn dann im Sommer die Ernte eingebracht, das Korn gedroschen und im Herbst die Kartoffeln eingeerntet waren, hatte der Bauer für seine Heuerlinge keine Arbeit mehr. Zu Trupps versammelten sich dann die Männer und zogen ins Vergleiche Land und gingen dann von Hof zu Hof zum Kornbrechen. Andere wieder gingen ins Kohlenzeidler und waren dort als Bergmann tätig. Zum Frühjahr kamen sie dann mit ihren kleineren Erbsparnissen in die Heimat zurück. Um diese Zeit, nämlich ungefähr 1854, war in Bünde schon die Zigarrenindustrie vorhanden. Die Fabrikanten Steinmeister & Wellensiefel, Gebr. Andree, Meier & Fröhliche beschäftigten schon in ihren Fabriken eine größere Anzahl Arbeiter. Auch waren zu der Zeit schon Hausarbeiter in der Umgegend von Bünde zu finden, denn im Jahre 1856 beschäftigten die Firmen Steinmeister & Wellensiefel und Gebr. Andree schon Hausarbeiter in Weselkamp.

Die Ausbeutung der Kinder gehörte so wie heute auch damals schon zur Tabakindustrie. Da in der ganzen Umgegend von Bünde nur schwer Erwerb zu finden war, schickten die Heuerlinge ihre Kinder nach Bünde in die Zigarrenfabriken. Von Weselkamp, Siddenhausen, Spenge, Wallenbrück und Enger gingen viele jugendliche Arbeiter nach Bünde zum Erlernen des Zigarrenmachens. Im Sommer begann die Arbeit um 6 Uhr und im Winter um 7 Uhr früh, die dann bis abends dauerte. Die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter von außerhalb wurden in der Fabrikstätte, die bei den Firmen Steinmeister & Wellensiefel und Gebr. Andree errichtet war, zu Mittag gratis gespeist. Der Widelmacher bekam damals für 100 Bidel 6 S, der Lehrling für tausend Zigarren 20 Silbergrößen. Dieser Lohn steigerte sich bei den Lehrlingen je nach Leistung von Monat zu Monat um 25 S bis zum Höchstlohn, der im allgemeinen 1 Taler und 17½ Silbergrößen (Widelmacher- und Kollerlohn) betrug. Für diesen Lohn sind die Tabakarbeiter viele Jahre nach Bünde gewandert, bei Sturm und Regen, mit durchnässten Kleidern und nassen Füßen mußten sie dann den ganzen Tag über schaffen. Eine alte Kollegin sagte mir: „Wenn im Winter der Schnee so hoch lag und kein Weg noch Steig zu finden war, dann zogen wir Mädchen hohe Schafstiefel an.“

Die Behandlung der Arbeiter durch die Meister kann als gemein bezeichnet werden. Mit Tränen in den Augen schildern noch heute alte Tabakarbeiter die Brutalitäten, die ihnen damals zuteil geworden sind.

Die Hausarbeiter bekamen, wie das heute noch vielfach üblich ist, auf 8 Tage Tabak mit nach Hause. Auch sie hatten das Recht, Widelmacher anzulernen und Lehrlinge auszubilden. Des Sonntagmorgens mußten die Widelmacher die Zigarren nach Bünde bringen, wo sie dann ganz geschäftig von den Meistern und Fabrikanten auf die Fehler aufmerksam gemacht wurden. Auch von Enger gingen, wie oben bemerkt, Zigarrenarbeiter nach Bünde zur Arbeit,

Rohtabak-Angebot  
von

Heinrich Franck, Berlin

siehe vierte Seite  
des Hauptblattes.





und mit Freunden werden es diese begriffen haben, wie im Jahre 1858 die Firma Steinmeister & Wellensiefel in dem alten Knothischen Wohnhause an der Dürststraße die erste Zigarrenfabrik errichtete. Die Räume waren bald vollbesetzt und zeigten sich zu klein; denn schon im Jahre 1860 wurde die Fabrik am nördlichen Ausgange unserer Stadt an der Bänder Straße errichtet, wo die Firma Steinmeister & Wellensiefel bis heute noch fabrikiert. Der Zigarrenarbeiter E. H. der bei der Firma Steinmeister & Wellensiefel in Arbeit stand, übernahm dann im Jahre 1868 eine Kommissionsfabrik von der Firma Krüger aus Herford. Diese Filiale hat sich in Enger nicht lange gehalten, denn schon nach zwei Jahren geriet sie in Konkurs. Der Werkmeister E. H. bekam dann noch eine Filiale von der Firma Steinmeister & Wellensiefel. Um diese Zeit war Enger schon das Ziel vieler fremder Zigarrenarbeiter, die hauptsächlich bei dem Werkmeister E. H. beschäftigt wurden. Im Jahre 1869 folgte die Bänder Firma Gebr. Andree dem Beispiel von Steinmeister & Wellensiefel und errichtete in dem alten Karlsruher, eine Filiale. Mit nur 3 Arbeitern wurde der Betrieb aufgenommen. Schon nach kurzer Zeit machte sich die Erweiterung der Betriebsräume notwendig. Diese 3 Fabriken sind dann bis zum Jahre 1871 die Hauptbetriebsstätten der Zigarrenarbeiter von Enger gewesen. Es sei noch bemerkt, daß auch schon im Jahre 1861 der Kolonialwarenhandlung Herrn Osterwald in der Hausindustrie Zigarren angefertigt; dies mögen aber nur soviel gewesen sein, um seinen Lebensbedarf damit zu decken. Im Jahre 1871 übernahm der Zigarrenarbeiter K. B. u. d. e. eine Filiale der Firma W. i. l. h. e. r & S. a. g. aus Herford. Einige Wohnräume in dem jetzigen Ludewigshaus an der Bielefelder Straße dienten zur Fabrik. Auch diese Räume zeigten sich bald zu klein. Die Fabrikation wurde dann in das spätere Wohnhaus des Meisters Budde verlegt.

Bis zum Ausgang der 60er Jahre kannte man in Enger nur Handarbeit, d. h. es gab noch keine Maschinen. Merkwürdige Maßnahmen wurden damals von den Fabrikanten angewandt, die Gewähr für gute und tadellose Arbeit bieten sollten. Bei der Firma Gebr. Andree mußten die Arbeiter jeden Tag 27 Probegigarren, sogenannte Spiegelgigarren, anfertigen. Das beste Deckblatt wurde zum Verlesen dieser Gigarren aufgesucht. Die Gigarren wurden dann in Papier gewickelt und mit dem Namen des Arbeiters, der sie angefertigt hatte, versehen und von einem Boten nach Hause gebracht. Dort wurden die Gigarren von den Fabrikanten nachgesehen. Jeder Arbeiter wurde dann in einem Schreiben, das der Bote dann wieder zurückbrachte, auf die Fehler an der Gigarre aufmerksam gemacht. An Klatschen hat es diesen Schriftstücken nicht gefehlt. So übergab eines Tages der Bote dem Meister ein Schreiben vom Fabrikanten folgenden Inhalts: „Der Arbeiter . . . muß Prügel haben, daß er an den Wänden heraufklettern.“

Im Jahre 1868 gab es bei der Firma Gebr. Andree in Bünde eine Störung in der Fabrikation. Die Firma hatte Konkurs angemeldet. Aber schon nach 8 Wochen war die Angelegenheit geregelt. Die Firma ließ jetzt nicht mehr Gebr. Andree, sondern Arnold Andree. Die Fabrikation wurde auch bald wieder mit Hochdruck aufgenommen.

Im Jahre 1868 fand dann eine Umwälzung in der Fabrikation statt. An die Stelle der Handarbeit trat die Formarbeit. Die Firma Steinmeister & Wellensiefel führt hier die ersten Maschinen ein. Die Arbeiter konnten sich erst nicht gut an diese Neuerung gewöhnen; es dauerte aber nur kurze Zeit, bis in sämtlichen Betrieben die Formarbeit eingeführt war. Der Höchstlohn betrug damals für Formarbeit 2 Taler. Strenge Vorschriften wurden von den Meistern erlassen betreffs Pfeifen und Keifern der Biele. Bei der Firma Gebr. Andree führte der Meister darüber Buch.

Solange die Tabakindustrie besteht, ist auch bei den Tabakarbeitern das Zusammengehörigkeitsgefühl vorhanden gewesen, auch zu der damaligen Zeit bei den Tabakarbeitern in Enger. Kaum hatte die Industrie ihren Fuß gefaßt, so zeigte sich schon in der Errichtung der Kasseunterstützungskasse die Solidarität der Tabakarbeiter. Es mühen auch hauptsächlich die zugewandten Kollegen gewesen sein, die das Zusammengehörigkeitsgefühl bei den Tabakarbeitern hier am Orte erweckt haben. Das Vereins- und Verbandsorgan der Tabakarbeiter befand sich im Gasthof „In drei Kronen“. Mancher Schmauß ist hier von den Tabakarbeitern veranstaltet. Hier wurde der Lehrling als Zigarrenarbeiter aufgenommen und er trank dann mit ihnen Brüderchaft. Den durchreisenden Kollegen wurde hier die Kasseunterstützung gezahlt. Im Jahre 1862 kam es schon zu Lohnstreitigkeiten bei dem Werkmeister E. H. Die Arbeiter legten dort die Arbeit nieder, was zur Folge hatte, daß die Firma Steinmeister & Wellensiefel ihren Betrieb bei E. H. einzog. Werkmeister E. H. bekam dann eine Filiale von der Herforder Firma Franke & Wier. Nach Aussage der alten Kollegen haben sich die streikenden Arbeiter an den Zentralvorstand der Zigarrenarbeiterassoziation um Unterstützung gewandt. Der Vorstand muß damals nicht in der Lage gewesen sein, die Unterstützung für die Kollegen hier zu beschaffen. Volle Klarheit ist in diese Angelegenheit nicht zu bekommen. Dieses Vorkommnis hat dann die Einigkeit der Tabakarbeiter von Enger auf lange Jahre vollständig zerlegt. Wie im Jahre 1868 der Kollege W. i. l. h. e. r & S. a. g. auf seiner Agitationstour Enger bereiste, wurde er in der Versammlung, die bei Gastwirt Ernst Bötner stattfand, um jene Vorkommnisse befragt. Es soll der Werkmeister W. i. l. h. e. r & S. a. g. gewesen sein, der dem Kollegen W. i. l. h. e. r & S. a. g. erklärte, es hätte keinen Zweck, daß sich die Tabakarbeiter von Enger der Organisation anschließen; denn die Wunden seien kaum geheilt, die durch die Arbeitsunterbrechung seiner Arbeiter im Jahre 1862 herbeigeführt seien. Es ist dem Kollegen Frische auch nicht gelungen, eine Geschäftsstelle vom Deutschen Tabakarbeiter-Verein zu gründen. Diese Vorkommnisse aus jener alten Zeit wurden manchem agitatorisch tätigen Kollegen bei der Gründung der Geschäftsstelle des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins vorgehalten, trotzdem sie nicht mit den heutigen gewerkschaftlichen Einrichtungen in Parallele gezogen werden können. Die Folge hiervon war, daß die Einigkeit bei den Arbeitern immer mehr und mehr verloren ging. Man fand sich wohl noch zusammen in einem Zigarrenarbeiter-Gesangsverein, doch ein festes Band, das die Arbeiter umschloß, fehlte in Enger vollständig. Auch können die 60er Jahre wohl als die Blütejahre der Tabakindustrie wie überall so auch hier am Orte bezeichnet werden. Der Tabakarbeiter galt als der bestbezahlteste Industriearbeiter. In jenen Jahren ist von den Tabakarbeitern viel gesündigt worden. Das Montags-, bismarck- und die mit zur Tradition der Tabakarbeiter. Sie galten damals für ein leichtsüchtiges Volk. Etwas Wahres muß dabei gewesen sein; denn in den Jahren haben die Kaufleute und Gastwirte ihr schönstes Geschäft in Enger gemacht.

Doch das Ausblühen der Tabakindustrie sollte nicht mehr lange anhalten. Bald zeigten sich schwere Wolken am politischen Horizont. Im Oktober des Jahres 1878 wurde das Sozialistengesetz im Deutschen Reichstag angenommen und am 21. Oktober wurde der Deutsche Tabakarbeiter-Verein aufgelöst. Die Tabakarbeiter standen jetzt ihrer Organisation beraubt, kraft- und machtlos da. Die Willkür, die aus Frankreich als Kriegsentgelt heimgebracht waren, waren herausgibt. Die Staatsmänner mußten Geld beschaffen für die immer umfangreicher werdenden Militäraufgaben. Da hielt man in Regierungskreisen wie auch im Reichstag den Tabak für das beste Besteuerungsobjekt. Ein Jahr nach der Zertrümmerung der Arbeiterorganisation erfolgte die Erhöhung des Zolls auf Rohtabak von 24 auf 35 M. pro 100 kg. Der Schlag hat der Tabakindustrie sehr weh getan und auch hier am Orte die Hoffnungen, die auf ihre Entwicklung gesetzt waren, vernichtet. Namenloses Elend zeigte sich bald nach Einführung der Steuer. Viele Tabakarbeiter haben in jenen Jahren ihren Verfall aufgegeben. Die Firma Andree ordnete im Jahre 1882 an, daß sämtliche Männer und Frauen auf der Fabrik zu arbeiten hätten; Stückzahl haben die Arbeiter lange Jahre machen müssen. Die Arbeiterzahl, die schon vor der Steuer 70 bis 80 betragen hatte, sank bis auf 12 herab. Im Jahre 1887 wurde die Filiale von der Firma Andree eingezogen, erst 1889 ließ sie ihre am Wiesberge gelegene Fabrik erbauen, die 1893 in den Besitz des Kaufmanns Robert Schmalbecken überging.

Die Behandlung, die die Arbeiter in jenen Jahren erdulden mußten, spottet jeder Beschreibung; den aus der Uneinigkeit der Arbeiter schöpften die Werkmeister und Fabrikanten ihre Macht. Die Freizügigkeit war den Arbeitern schon gleich in den ersten Jahren genommen. Es bedurfte erst einer Bescheinigung vom Fabrikanten, wenn ein Kollege auf einer anderen Fabrik in Arbeit treten wollte. Mancher Tabakarbeiter hat in diesen Jahren, wenn er

nicht seine Heimat verlassen wollte, vor einem Werkmeister in die Arnie sinken müssen. Eine Aussprache über eine Arbeitsangelegenheit gab es bei den Meistern nicht. Letztere ordneten an, und die Arbeiter hatten zu gehorchen. Noch bis in die jüngste Zeit war es keine Seltenheit, wenn die sämtlichen Kollegen und Kolleginnen einer Fabrik davon überzeugt, daß das Vorgehen des Meisters gegen einen Arbeiter ganz gemein und niederträchtig war, alles ohne den geringsten Widerwillen kund zu geben, mit anfangen und gut sein lassen mußten. Den Lohn für neu eingeführte Sorten bestimmten der Meister, der natürlich in erster Linie für das Fabrikantenwohl sorgte. Viele Arbeiter suchten sich durch Fleiß und Schmiecheln die Gunst des Meisters zu erwerben. Die Wettbewerbsfähigkeit und Bevorzugung der Günstlinge nahm immer mehr zu. Zur Bekämpfung dieser Mißstände war noch nicht genug Mannesmut vorhanden. Dies alles hat auch mit dazu beigetragen, daß die Kleinfabrikation immer größeren Umfang annahm. Manchem Kollegen, der durch die schlechten Erwerbsverhältnisse am Orte gezwungen wurde, zu der Selbstfabrikation seine Zuflucht zu nehmen, ist es durch Ausdauer gelungen, sich eine kleine Existenz zu schaffen. Ob diese Kleinfabrikation, denn wir zählen augenblicklich an 40 selbständige Fabrikationsbetriebe, für die Arbeiterschaft von Enger von Nutzen gewesen ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Das fest steht: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind dadurch in keiner Weise gefördert. Im Gegenteil: die Hausarbeit hat immer mehr an Umfang zugenommen. In Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges in unserer Industrie mußte man die Wahrnehmung machen, daß auch diese kleinen Fabrikanten, die in früheren Jahren in der Fabrik mit in Reih geleser hatten, einen gewissen Herrenstandpunkt einnahmen.

Als nun im Jahre 1904 die Firma E. F. G. Schmidt-Altona hier eine Filiale, die in Herringshausen eingezogen wurde, errichtete, setzte eine allgemeine Flucht der Arbeiter bei den Kleinfabrikanten ein. In wenigen Wochen hatte die Firma die Fabrik voll besetzt. Mit den Hausarbeitern waren jetzt 80 Arbeiter vorhanden. Dieser Andrang der Arbeiter veranlaßte die Firma, nach wenigen Wochen ihres Bestehens eine Lohnreduzierung vorzunehmen. Sie ließ eines Tages durch ihren Meister in der Fabrik bekanntgeben, daß der Lohn pro Mille um 25 % reduziert werde und an Stelle des Vollblattes nur noch Stückblatt verarbeitet werden sollte. Diesem Vorgehen der Firma E. F. G. Schmidt in Altona ist es zu verdanken, daß der Organisationsgedanke, der schon lange Jahre bei einem Teil der Tabakarbeiter von Enger geschlummert hatte, sich zur Tatfache entwickelte. Am 18. Juni 1905, es war an einem schönen Sonntagmorgen, gründeten 18 Kollegen im „Ravensberger Hof“ eine Geschäftsstelle des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins. In dieser Stunde gelobten sich die Kollegen, mit aller Kraft die Agitation aufzunehmen. Schon im Herbst 1905 konnte dem Kollegen K. a. s. in Bielefeld, der als Delegierter zur Generalversammlung nach Leipzig gewählt war, mitgeteilt werden, daß schon 52 gewerkschaftlich organisierte Tabakarbeiter in Enger vorhanden seien. Bei der Gründung der Geschäftsstelle wurde manches „Wenn“ diskutiert, aber in einem Punkte herrschte Einstimmigkeit, nämlich, daß in absehbarer Zeit nicht daran zu denken sei, durch Kampf eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können. Auch darüber herrschte volle Einstimmigkeit, daß, sollten in Zukunft solche Gewaltdemagoga die Fabrikanten in Erscheinung treten, wie die der Firma E. F. G. Schmidt, ganz energigig Front dagegen zu machen sei. Wenige Monate nach Gründung der Geschäftsstelle, im Frühjahr 1906, hatten die organisierten Tabakarbeiter von Enger ihre Feuerprobe zu bestehen. Es waren die Arbeiter der Firma E. F. G. Schmidt, die das Unrecht noch nicht vergessen hatten und zum Kampfe aufmarschierten. Da die Forderung in vollem Umfang bewilligt wurde, kam es nicht zur Arbeitsunterbrechung. Doch die Kollegen bei der Firma W. i. l. h. e. r & S. a. g. Osterwald hatten es nicht so leicht. Durch einen siebenwöchentlichen Kampf mußte es Herrn Osterwald klargemacht werden, daß die Arbeiter es mit ihrer Forderung ernst meinten. Die Tabakarbeiter von Enger können für sich den Ruf in Anspruch nehmen, daß sie es gewesen sind, die im Jahre 1906 den Stein der Bewegung in Westfalen ins Rollen gebracht haben. Die Erfolge veranlaßten viele Kollegen, der Organisation, der sie bis dahin noch indifferent gegenüber gestanden hatten, beizutreten. Mancher Tabakarbeiter gab sich der freudigen Hoffnung hin, daß es nicht mehr lange dauern würde, daß auch die Tabakarbeiter ihr Leben unter besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen führen könnten. Bei manchem ist diese Hoffnung zur Illusion geworden. Die Steuerpläne der Regierung haben den Aufstieg der Tabakindustrie immer gehemmt. So hat ja auch die Tabaksteuer vom Jahre 1909 die Tabakindustrie von Enger in ihren Grundfesten erschüttert. Wollte man das Ungeheuer und die Widerwärtigkeiten alle aufzählen, so könnte man Hände damit füllen. Mancher Kollege und manche Kollegin wird bei Durchlesen dieser Zeilen sagen: Auch in meiner Heimat haben die Tabakarbeiter eine solche Zeit durchgemacht. Die Tabakarbeiter sind zum Kampfe aufgerufen. Der Aufstieg der Tabakarbeiter zur höheren Kultur kann nur durch Kampf zur Tatfache gemacht werden. Kollegen und Kolleginnen! Werbt für die Organisation neue Mitglieder! Daß das nötig ist, möge dieses Blatt Tabakarbeitergeschichte von Enger allen zeigen.

W. Müller, Enger.

### Wie der „Christliche“ Röss Lorbeeren erntet.

In der „Westf.-Lipp. Volkszeitung“, früher „Ravensberger“ genannt, schmückt sich der „christliche“ Begründer Röss mit Lorbeeren. Am Sonntag, den 3. März, habe der „Christliche“ Tabakarbeiterverband, so erzählt Röss, den Gauleiter Schlichter vom Deutschen Tabakarbeiter-Verein zu einer vom „Christlichen“ Tabakarbeiterverband nach Hüllhorst einberufenen Tabakarbeiterversammlung eingeladen; Schlichter habe aber geantwortet. In der Versammlung selbst hat Röss nun in der ihm anhaftenden Renommierlust dieses „Ansehn“ Schlichters dahin ausgeschlachtet, daß Schlichter die gelungene Überlegenheit Rössens fürchtete und durch sein Nichterscheinen der gewaltigen Niederlage, welche er durch die Geistesblitze des „christlichen“ Röss erleiden würde, aus dem Wege gegangen sei.

Wie kommt Röss nun zu solchen Lorbeeren? Die Versammlung in Hüllhorst war am 3. März. Am Freitag, den 1. März, läßt Röss in Hüllhorst, abends zwischen 7 und 8 Uhr eine Postkarte zur Post geben mit folgender Adresse:

An Herrn Wilhelm Schlichter, Gauleiter der freien Tabakarbeiter, in Bielefeld.

Der Inhalt der Karte ist folgender: „Hüllhorst, 1. 2. 12. Herrn Schlichter Bielefeld! Hiermit mache ich Ihnen die ergebene Mitteilung, daß hier am Sonntag den 3. 2. 12. um 3 Uhr eine öffentliche christliche Tabakarbeiter-Versammlung stattfindet, wozu Sie freundlich eingeladen werden! Dem Erscheinen wird unbedingt erwartet. Mit Gruß!“ (Unterschrift fehlt.)

Diese Karte gelangte nun am Sonnabend, den 2. März, abends, in den Besitz Schlichters. Daß die Einladung auf Sonntag, den 3. 2. 12. elf 3. Februar lautet, mag auf der Lässigkeit des anonymen Schreibers beruhen. Daß diese Einladung aber eine Einladung des Christlichen Verbandes darstellen sollte, daran hat Schlichter nicht gedacht. Schlichter sandte die Karte nach Hüllhorst an die Leitung des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins und hat um Auskunft, ob sie die Karte an ihn gesandt hätten, und warum ohne Unterschrift und Stempel? Da Sonntag in Hüllhorst nicht bestellt wird von der Post, so kam die Anfrage, bei der Karte beigelegt war, erst Montag morgen in den Besitz des Gauleiters. Unsere Freunde in Hüllhorst sind nun der Ansicht, daß diese Einladung einer der bekannsten „Christlichen“ Tricks war, mit der die „christlichen“ Führer auf die Unmündigkeit spekulieren. Wäre Schlichter gekommen, dann hätte man die anonyme Einladung bestritten. Als er nun nicht da war, konnte Röss und Konsorten den Erschienenen was vorzupeln. Daß der Trick mit der anonymen Einladung noch nicht bekannt war, wußte man; deshalb hätten die „Christen“ die Einladung erst Freitag abend zur Post gegeben, die Karte nach Bielefeld adressiert, nachdem sie wissen, daß das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins in Herford ist und Schlichter tagsüber auf dem Bureau. Billige Lorbeeren hat Röss geerntet. Hätte Schlichter nun auch

wirklich nach Hüllhorst hinführen, so war Röss besten sicher, daß die freilagernden Tabakarbeiter davon nicht sehr unerrichtet werden konnten, und diese durch den „christlichen“ Trick der Versammlung fern gehalten worden waren. Die Redaktion des „Ravensberger“ wird aber doch wohl einsehen, in welcher gewissenlosen Weise sie von ihrem Berichterstatter aus dem Lager des „Christlichen“ Tabakarbeiterverbandes hineingelegt worden ist. Solche Vorbeeren gönnen wir Röss von ganzem Herzen, sie sind noch billiger wie Brombeeren. Mag er sein Denkerhaupt damit schmücken, Verlieren können die „christlichen“ Führer durch solche Tricks nichts mehr. Mit Unstand und Ehre können sie schon nichts mehr unternehmen.

### Mitteilungen aus dem Beruf.

**Tabakbau in der Provinz Sachsen.** Nach einem Tabakbaubericht in der Provinz Sachsen im Erntejahr 1911 wurden in den Hauptamtsbezirken angebaut: Halberstadt 21,54 (22,98) Ar, Halle 0,08 (4,63), Langensalza 852,64 (658,90), Magdeburg 3417,80 (2461,64), Mühlberg — (6,24), Nordhausen 30,23 (7,50), Stendal 1583,06 (1116,91), Wittenberg 207,15 (94,40), zusammen: 6112,50 (4375,20 Ar (mehr 1739,30 Ar). Die Zahl der Tabakpflanzler betrug 634 (488) mit 888 (663) mit Tabak angebauten Grundstücken.

**Die Zigarrenindustrie von Tampa.** Hierzu schreibt die „Süddeutsche Tabakzeitung“:

Die Tatsache, daß die Zigarrenindustrie von Tampa mit der Produktion des Jahres 1911 einen Rekord aufgestellt hat, indem nicht weniger als 300 000 000 Zigarren zur Verschiffung gelangten, ist es wert, daß man einen Rückblick auf die großartige Entwicklung der Zigarrenindustrie dieser Stadt wirft und macht uns unser Korrespondent in Tampa hierzu folgende Mitteilungen.

In Tampa gibt es zurzeit über 200 Zigarrenfabriken, welche 10—15 000 Arbeiter beschäftigen. Diese Arbeiter sind imstande, bei vollem Betrieb täglich 1 1/4 Millionen Zigarren auf den Markt zu werfen, wobei sich ihre Verdienst auf rund 250 000 Dollar in der Woche stellt. Die Zigarrenindustrie in Tampa verdankt ihr Entstehen lediglich einem Zufall. Ein spanischer Früchthändler brauchte eine spezielle Frucht „Guava“ genannt, die er für gewöhnlich aus Havana bezog, dieselbe jedoch nicht mehr in der benötigten Menge dort erhalten konnte. Er hörte davon, daß diese Frucht auch in Tampa gepflanzt wurde und in Begleitung eines kubanischen Zigarrenfabrikanten reiste er nach diesem Ort. Der spanische Früchthändler war ein guter Geschäftsmann und zu gründlichen Kalkulationen geeignet. So begann er seinem Freund aus Havana vorzuzurechnen, daß das Fabriizieren von Zigarren in Tampa eigentlich viel rentabler sein muß, als in Havana selbst, indem nämlich die Zigarren bei der Ausfuhr aus Havana einen respektablen Zoll zu tragen haben, während die Einfuhr der Rohprodukte zollfrei geschieht kann und das Fertigfabrikat dann ohne wesentliche steuerliche Belastung von Tampa aus in den Verkehr treten kann. Der Fabrikant aus Kuba hielt die Rechnung für richtig und der Erfolg, welchen er mit seiner vor etwa 20 Jahren gegründeten Zigarrenfabrik erzielte, gab ihm recht. Die Bedingungen in Tampa erwiesen sich der Zigarrenfabrikation in jeder Beziehung als günstig. Spanische und kubanische Arbeiter und Arbeiterinnen wanderten ein und prägten allmählich der Stadt selbst einen romanischen Charakter auf. Sie haben sich den amerikanischen Verhältnissen nur in beschränktem Maße angepaßt, gelten aber als gute Bürger des Gemeinwens. Wenn man einen Blick in die Liste der Fabrikanten selbst und der leitenden Persönlichkeiten wirft, so tritt auch hier das romanische Element sehr stark in den Vordergrund, woraus sich mit einiger Vorsicht der Schluß ziehen läßt, daß diese Klasse die besten Tabakkennner stellen muß.

Die Tabakindustrie in Tampa hat sich in den letzten 10 Jahren um 100 Prozent gesteigert und Tampa fabriziert gegenwärtig mehr Havanzigarren als Havana und Key West zusammengeben.

**Eine staatliche Tabakfarm in Deutsch-Südwestafrika.** Nach einer Mitteilung des Geheimrats Dr. Wisse aus dem Kolonialamt an den Vertreter eines Tabakinteressentenblattes soll eine Versuchsfarm für Tabakbau in Okavandja (Südwestafrika) begrundet werden, wozu 10 000 A bewilligt sind. Innerhalb der Farm will man die für die Kolonie geeigneten Sorten ausprobieren, Samenzucht treiben usw. Vor fünf Jahren ist bereits ein Sachverständiger in das Kolonialgebiet entsandt worden. Doch wird erklärt, daß seine Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien. Bisher wuchs nur ein für Hottentotten und Hereros geeigneter Tabak. Der Krieg hat auch diese Produktion vernichtet. Ob eine Tabakkultur in Südwestafrika Aussicht auf Erfolg hat, scheint mehr als fraglich. Sie erfordert einen günstigen Boden und intensive Bearbeitung. An beiden Vorbedingungen fehlt es in dem Kolonialgebiet.

### Bewegungen im Beruf.

**Witkieder, die in einem anderen Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.**

**Zur Beachtung!** Vor Zuzug nach Westfalen, Lippe-Deimold, Waldeck, Bezirk Osnabrück wird streng gewarnt, da noch nicht alle ausgeperrten Arbeiter wieder eingestellt sind.

Für Hamburg und Umgegend und Bremen und Umgegend ist der Zuzug frei. In Hamburg und Umgegend haben jedoch nur gute Penalarbeiter Aussicht auf Arbeit.

**Geldern.** Die Firma Gebr. Berg beabsichtigte für eine Sorte den Lohn um 1 M pro Mille zu kürzen. Diese Zumutung wurde von den Arbeitern einmütig zurückgewiesen, worauf sie von der Firma gekündigt wurden. Ein Vorstelliger der Gauleitung bewirkte, daß die Firma den Lohnabzug und die Kündigung zurücknahm.

**Breslau.** Bei der Firma Ch. R. Ruff wird seit längerer Zeit derartig schlechtes Material zum Verarbeit-

ten vorabfolgt, daß es wegen des großen Lohnverlustes zu Differenzen mit den Arbeitern kam. Ein Vorsteher werden der Arbeiter, die dieses als einen bewußten Lohnabzug bezeichneten und Abhilfe forderten, wurde brüsk abgelehnt. Nach diesem Verhalten der Firma kam es zur einmütigen ArbeitsEinstellung. Der Zugang ist fernzuhalten.

### Berichte.

**St. Gallen.** Am 2. März fand hier eine Besprechung statt zwischen den Vertretern unseres Verbandes, des Gewerkschaftsartikels und den Zigarrenhändlern Genossen Ulrich und Sano. Gegenstand der Besprechung war die von den Vertretern unseres Verbandes seinerzeit gegen U. und S. erhobene Beschuldigung, daß sie von der Ausperrung des Fabrikanten, Demgo, während des Kampfes Zigarren bezogen hätten. Nachdem Ulrich und Sano nachstehende Erklärung des Kartellvorstandes als für sich verbindlich bezeichnet hätten, nahmen die Vertreter unseres Verbandes ihre Besprechung zurück. „Zu der am 2. März unter Vorsitz des Gewerkschaftsartikels abgehaltenen Besprechung des Zigarrenarbeiter-Verbandes mit den Genossen Ulrich und Sano, erklären diese beiden Genossen, daß sie bereits vor der Ausperrung die Geschäftsverbindung mit der Firma Kabater-Demgo abgebrochen und nicht wieder angeknüpft haben. Die Vertrauensleute der Zigarrenarbeiter haben sich durch diese Erklärung befriedigt erklärt.“

**Heilbronn.** Die am 6. März abgehaltene Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Statutenentwurf. Bemängelt wurde, daß die Streikunterstützung so verschieden sei. Der jetzige Satz sei dem vorzuziehen. Die Zahl der zu unterstützenden Kinder auf 3 festzusetzen ist nicht recht. Wenn eine Regierung im Steuerrecht eine derartige Beschränkung macht, protestieren wir dagegen. Man aber sollen wir dieses selbst machen. Den selbständigen Mitgliedern, die doch der großen Mehrzahl nach gezwungen wurden, sich selbständig zu machen, soll ein Entgegenkommen dadurch erwiesen werden, daß man diesen bei der Brantenunterstützung entweder pro Tag etwas zulegt oder aber die Bezugshauer etwas verlängert, weil diese von den anderen Unterstützungsrichtungen fast nichts haben. Um vorstehendes realisieren zu können, soll lieber die vorgeschlagene, neu einzuführende Unterstützung beim Ableben der Ehehälften fortbleiben. Jeder verheiratete Kollege werde doch seine Frau versichert haben, so daß wir dieses nicht brauchen. Auch die Einführung von 6 Klassen wurde bemängelt; auf die 5. und 6. Klasse können wir verzichten, da sich unsere jetzige 6. Klasse auch nicht bewährt habe. Zum § 5 des Wahlreglements soll der Antrag gestellt werden, daß die Wahlen möglichst Sonntags vorgenommen werden, um den einzelnen Bezirken nicht unangenehm zu sein.

Wäge und Arbeit aufzuhalten. Als Delegierter wurde der 1. Delegierte Hammer einstimmig vorgeschlagen. Dann wurde noch der Kartellbericht entgegengenommen.

**Frankfurt a. M.** Am 9. März fand hier eine stark besuchte Versammlung der Zigarrenarbeiter statt. Es handelte sich um die Vorkommisse bei der Firma Nestor & Co. in Gießen, die Lehrlinge einstellt und diesen 40 % pro Woche weniger zahlt, obwohl die Firma genügend geübte Arbeiter hätte bekommen können. Dieses wurde von allen Rednern als eine indirekte Lohnreduzierung bezeichnet, und verlangt, daß die Kollegen bei Nestor sich dieses nicht bieten lassen dürfen; es wurde aber auch scharf kritisiert, daß es Kollegen gibt, die selbst Lehrlinge anlernen und somit sich selbst ihr Grab graben. Ueberhaupt müsse mehr Einheit unter den Kollegen herrschen; die unfinnigen Ujeren in den Fabriken tragen nur zur Uneinigkeit bei. Es solle und müsse jeder dahin streben, daß immer alles geschlossen organisiert dasteht, dann werden solche Vorkommisse verschwinden. Es wurde noch beschlossen, die nächsten Tage eine Fabrikbesuchung abzuhalten und dafür zu sorgen, daß alles geschlossen organisiert dasteht.

**Klein-Welzheim.** Am 10. März fand hier eine öffentliche Zigarrenarbeiterversammlung statt. Kollege Schnell kritisierte das Verhalten der christlichen Führer bei dem gegenwärtigen Vergarbeiterstreik, ferner tadelt er, daß die christlich organisierten Zigarrenarbeiter für das Zentrum agitiert hätten, da uns doch diese Partei das Unglück der Tabaksteuer auf den Hals geladen hat. Ferner heißt Redner, daß sich christliche Arbeiterführer für die hohen Hölle ausgesprochen hätten; er erinnert auch an den Ausspruch des Bischofs, der da sagte: Knecht muß Knecht bleiben! Redner schloß mit dem Appell: Alles in eine einheitliche Organisation! Kollege Kämmmer aus Frohshausen schildert in 74. hündigen Ausführungen den Zweck und die Ziele des Deutschen Zigarrenarbeiter-Verbandes. Er betonte die Notwendigkeit der Solidarität. Die Tabakbranche, einst die beste, sei heruntergekommen, hauptsächlich durch die Steuern von 1879 und 1909. Es gelte, überall Front zu machen gegen das Zentrum, welches an allem Unglück schuld sei. Redner forderte zum Schluß alle auf, dem Deutschen Zigarrenarbeiter-Verband beizutreten. Kollege Hain bedauerte, daß die Kollegen wohl immer klagen und räsonnieren, aber nicht den richtigen Weg finden, sich zu organisieren. Ein Kollege erklärte noch, daß er infolge des schlechten Verdienstes in der Zigarrenbranche gezwungen war, den Bergmannsberuf zu ergreifen. Kollege Schnell wies noch auf das einträgliche Bild von Klein-Welzheim hin. Die Fabrikanten sind fast alle rot und die Arbeiter fast alle schwarz! Deshalb Kollegen von Klein-Welzheim, aufgewacht!

**Mitglieder, agitiert für den Verband!**

### Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

- Für den 1. Gau: Altona: Joh. Stahl, Gr. Bergstr. 196, b. Brandt.
- Für den 2. Gau: Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 68/69, II.
- Für den 3. Gau: Braunschweig: Ernst Sparkasse, Mauernstraße 48, II. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslofenunterstützung.
- Für den 4. Gau: Nordhausen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14.
- Für den 5. Gau: Verford in Westf.: Wilh. Schlüter (Saubureau des Deutschen Zigarrenarbeiter-Verbandes), Kurfürstenstr. 6, Gewerkschaftshaus. Telefon 87.
- Für den 6. Gau: Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
- Für den 7. Gau: Mecken: Heinz Riegel, Geßstr. 84, III. Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Weimar.
- Gannau: Konrad Gräbener, Nordstraße 66. Umfassend die Kreise Gannau, Homburg, Marburg, Kirchhain, Fulda, Hünfeld, Gelnhausen, Schlüchtern, Hersfeld (Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Oberfranken (Königreich Bayern).
- Für den 8. Gau: Heidelberg: Gauleiter Ehr. Stock, Hauptstr. 118 a, II. Seitenbau.
- Für den 9. Gau: Karlsruhe: Ad. Heising, Louisestr. 78, I (Gau-Sekretariat).
- Für den 10. Gau: Erfurt: Anton Fischer, Ulfenstraße 28. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.
- Für den 11. Gau: Dresden-A.: Joseph Domeser, Ribbenbergstr. 211, Zimmer 84.
- Für den 12. Gau: Breslau: William Stöhr, Friedrich-Wilhelm-Straße 82, I.
- Für den 13. Gau: Berlin: Alwin Schulze, Berlin O., Große Hamburger Straße 18/19, Verbandsbureau.
- Für den 14. Gau: Elbing: Robert Hengstler, Lange Niederstraße 11, Gartenhaus. Alle Arbeitsnachweise, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Liste 191 sieben erschienen mit circa **800** verschiedenen Abbildungen

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

**L. COHN & CO.**  
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

FAÇONS enthaltend.

## J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3945 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946 empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

- Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 A
- Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 A
- Java-Decker dunkel 220 A, hell 260, 280, 300, 320 A
- Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 A
- Java-Einlage 95 A, mit Umbl. 110, 120, 130 A
- Versteiland-Decker 260, 275, 300, 320 A
- Brasil-Decker 175, 200, 210 A
- Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 A
- Mexiko-Decker (Andres) 800, 350, 400 A
- Havana 200, 250, 300, 400 A
- Decker 700 A
- Yara-Cuba 200, 220 A, feine Qualität
- Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 A
- Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 A
- Domingo-Umblatt 110, 120, 130 A
- Domingo-Einlage und Umbl. 100 A
- Rio-Grande-Decker 120, 130 A, Einlage 110 A
- Logan, nur überfeinste Originale, Tabake, weiß Umblatt, 100 A, beide Sorten leicht und sehr blattig 110 A

**Wickelformen** (neu und gebraucht in allen Fassons von 50 bis 150 A. Schiffschen-Abdrucks verschiedene gratis und franco. Neue, schmeldeiserne Formenpressen mit Nachgemabe, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 A. Gummi-Tragant, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 A. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 125, 150, rot 130 A. Bastbündelband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 A. Preise per Pfund verzollt einschließlich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme

Telephon 11358. Postscheckkonto Leipzig No. 9928.

## Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfehl als besonders preiswert und gut

- Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500 A
- Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180 A
- Vorsteil-Decker à 250, 320, 400, 500 A
- Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 A
- Java-Einlage à 120, 125 A
- Zufarbeiter à 190, 185, 140 A
- Felix-Decker, schneeweiß, Brand, 220 A
- Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 A
- Havana, hochfeine Gint., à 270, 350 A
- Yara-Cuba, vorzüglich, à 280 A
- Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 A
- Carmen-Einlage à 115, 125 A
- Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 A
- Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 A
- Mexiko San Andres 430, 450, 400, 140 A
- Kosgut, sehr blattig und gesund. à 120, 110 A
- Häkermärker à 105, 110, 115 A

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto. Man verlange neueste Preisliste. [10]

## Brinkmeier & Co. Bremen

empfehlen als sehr preiswert Sumatra-Deckblatt.

1. Länge Vollblatt, enorm blattig und sehr hell 550 A.
2. Länge Vollblatt, hellbraun, guter Geschmack 420 A.
3. Länge Vollblatt, matte Farben, feine Qualität 350 A.
1. Länge Schnittblatt, großblättrig, hell 640 A.
2. Länge Vollblatt, hellbraun, Qualitäts-Tobak 300 A.
2. Länge Vollblatt, hellbraun, egalfarbig 260 A.
2. Länge Vollblatt, hellbraun, sehr preiswert 220 A.
2. Länge Schnittblatt, gute braune Farben 215 A.

Java-Deckblatt.

1. Länge Vollblatt, hellfahl, vorzüglich 330 A
2. Länge Vollblatt, enorm blattig, sehr hell spottblättrig 250 A.
2. Länge Vollblatt, braun, feine Qualität 240 A.
2. Länge Vollblatt, schwarz, Brasil-Ersatz 240 A.

Mexico-Deckblatt.

1. Länge schwarz-grau, hochfeinste Qualität 400 A.
1. Länge, braun, sehr ergiebig 250 A.

Brasil-Deckblatt.

- Ersatz des Almas, feinstes dunkles Deckblatt 280 A.
- Mattas, ganz schwarze Farben 220 A.

Virginie-Deckblatt.

- Egal dunkelbraun 200 A.
- Gummi-Tragant, weiß, in Stücken 240 A.

Preise pro Pfd. verzollt inkl. Wertzoll. Einlage und Umblatt-Offerte siehe in voriger Nummer dieser Zeitung.

**Asthma-Pulver**  
wird reichlich benutzt und von außerordentlich günstiger Wirkung dabei bedauerlicherweise wie die vielfach angebotenen anderen ausländischen Spezialitäten Preis p. Schächtel M. 1.50 franco bei vorläufiger Einsendung od. gegen Nachnahme: Falkenapotheke i. Bingen, 1/10

## Nicolaus Beck, Burg, Bez. Bremen

Zigarrenkisten-Fabrik Zigarrenkisten-Ausstattungen

Zigarrenkisten in Brettern und fertig angefertigt. Verlangen Sie sofort Muster von Zigarrenkisten-Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.

Zigarrenkisten-Ausstattungen in einfacher bis hochfeinster Ausführung u. 2.50 bis 12.50 A pro Hundert mit 20 Stk. Tabak. Auf Wunsch sende ich sofort Muster.

## Rohtabak-Handlung Hengfloss & Maak

Altona-Offensen.

Filiale Berlin N., Brunnenstraße 25. [25]

Jacob Hirsch jr., Marchen 11, 1.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Vereinbarung bei Aufgabe von 10 Referenzen.

Neu! **US ganz besonders preiswert offerierte:** Neu!

Fertige Tabak einlage . . . . . à Mk. 0.95

Fertiges Tabakumblatt . . . . . à Mk. 1.50

Jeder Versuch führt zu Nachbestellungen. Man verlange neueste Preisliste

## Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Bestes Rohtabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Fernruf 4740 Postscheckkonto, Amt Leipzig 700.

## Die Rohtabakhandlung

# Pabst & Rinneberg

Leipzig, Thomasring 1

empfehl sämtliche Sorten

## Rohtabake

zur Zigarrenfabrikation.

Abteilung: Klein-Verkauf.

Nur verzollt einschließlich Wertzoll. — Versand unter Nachnahme bei 3 % Abzug. — Preisliste frei! [15]

## Gelesene Tabak-Arbeiter

sind an unorganisierte Kollegen weiterzugeben

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter tut verständigweise alles, was in seinen Kräften steht, um die Bergarbeiter vom Streit abzuhalten. In seiner Presse und in den Versammlungen erklärt er, daß man keine Veranlassung habe, jetzt durch einen Streit sich selbst und unsere Industrie zu schädigen, weil anarchopolitische und rote Hezer aus parteipolitischen Gründen einen Streit herbeiführen wollten. Zu den Forderungen habe man das Vertrauen, daß sie die versprochenen Lohn-erhöhungen baldigst überall eintreten lassen würden. Es werde deshalb dringend davor gewarnt, sich in den Streit heßen zu lassen; die Streikenden und ihre Familien würden den Schritt bald bitter bereuen.

Das sind wieder gute gelbe Gedanken, die allen un-feren Freunden aus dem Bergbau in der vorstehenden Erklärung der Werkvereine des Bezirksverbandes in ähnlicher Weise ebenfalls ans Herz gelegt sind. Der Gewerke-verein ist bald reich für den Hauptauschub. Abzumarten bleibt nur, ob diese neuerdings bei dem Gewerbeverein aufgetretenen gelben Gedankengänge von den Mitgliedern des Gewerbevereins begriffen werden.

Von Seiten der Vorsitzenden der Werkvereine wird dies sehr bezweifelt; sie meinen, daß ein großer Teil der Christlichen mitstreifen werde.

Schade, die gelben könnten sonst ruhigen Herzens mit den Christlichen gut ihre Führung austauschen.

Die Muster-Scharfmacher. Einen interessanten Ein-blick in die vielseitige Tätigkeit eines Konsuls in Deutsch-land bietet ein Schriftstück, das uns durch Zufall in die Hand kam. Der Herr Major v. Golditz in Düsseldorf wandte sich an den Geschäftsführer eines Unternehmer-verbandes in Düsseldorf mit nachfolgendem Schreiben:

Die Adresse des Arbeitgeberverbandes einer gest. Mitteilung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände verbanke, möchte ich sie ergebenst um Uebersendung Ihres Jahresberichts (für Sommer 1910 — dito 1911) höflich bitten. Zur Motivierung meines Ansuchens be-merke ich, daß die argentinische Regierung großes Inter-esse nimmt an der Bekämpfung von Streiks usw., welche dem jungen reichen Lande schon mehrfach sehr schweren Schaden zugefügt haben. Wenn nun auch selbstverständ-lich die hierzulande mit Erfolg angewandten Mittel zur Bekämpfung des erwähnten sozialen Übels sich nicht ohne weiteres in ein fremdes Land mit Aussicht auf gleichen Erfolg importieren lassen, so ist es doch von großem Nutzen, sie zu kennen.

Aus diesem Grunde überandte ich meiner Regierung 1911 die letzten Jahresberichte usw. des Arbeitgeber-verbandes Düsseldorf, die man mir freundlichst zur Ver-fügung gestellt hat. Der argentinischen Regierung ist diese Sendung außerordentlich nützlich gewesen, da sie ebenfalls der Ansicht ist, daß nur durch Organisation der Arbeitgeber dem Uebel wirksam entgegengearbeitet wer-den kann. Ich gebe Ihnen schließlich die Versicherung, daß alle Daten, die sie mir diesbezüglich übersenden, in jeder Hinsicht geheim bleiben, und von mir direkt an meine Re-gierung unter Betonung ihres geheimen Charakters wei-tergegeben werden.

Ich stehe Ihnen zu jeder Gegenleistung gern zur Ver-fügung und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung  
sehr ergebenst  
(gez.) Major v. Golditz.

Der republikanischen Regierung in Argentinien wird mit dem Rezept, wie die Unternehmer die Gewerkschaften in Deutschland bekämpfen wollen, wenig gebietet sein. Herr v. Golditz müßte schon andere „Mittel zur Bekämp-fung des erwähnten sozialen Übels“ ausfindig machen. Aber bezeichnend ist das Schriftstück dafür, daß Vertreter ausländischer Regierungen die Art der deutschen Gewerk-schaftsbewegung als Muster nach dem Auslande expor-tieren wollen. Zur Veranschaulichung seines Berichtes raten wir dem Herrn v. Golditz, seiner Regierung auch die Berichte der Generalkommission der deutschen Gewerk-schaften zu übersenden, damit sie daraus erzieht, welchen Erfolg die Methode der Gewerkschaftsbekämpfung durch die Unternehmer in Deutschland erzielt hat. Dann würde die argentinische Regierung auf diese von den Unterneh-mern bezogenen Informationen wohl verzichten können und zur Abwendung von Streiks bessere und vernünfti-gere Mittel im eigenen Lande ausfindig zu machen suchen, ohne erst die Hilfe ihres Vizekonsuls in Anspruch zu nehmen.

Mutterschaftsversicherung in Schweden. Den schwe-dischen Reichstag hat schon im Jahre 1908 die Mutter-schaftsversicherung auf Grund eines Antrages des Abg. E. Wamrinsh beschäftigt. Das damals zur Bearbeitung dieses Gegenstandes eingesetzte Komitee hat jetzt seine Untersuchungen beendet und in einer Abhandlung seine Vorschläge zur Durchführung der Mutterschaftsversiche-rung in Schweden unterbreitet. Der erste Teil dieser Abhandlung enthält allgemeine Ausführungen über die Höhe der Industriearbeiterinnen und ihre Fruchtbarkeit, während den zweiten Teil die Gesetzesvorlage mit ihren Kommentaren ausfüllt.

Nach dem Bericht Nini Kohnbergers (Stockholm) in Nr. 4 der „Frauenbewegung“ vom 15. Februar d. J. geben wir folgende Einzelheiten der Vorlage wieder:

Das Versicherungsorgan soll vorzugsweise eine staat-lich eingetragene Krankenkasse sein.

Die Versicherung ist für alle in der Industrie tätigen Arbeiterinnen obligatorisch, mit Ausnahme der unter 15 und über 51 Jahre alten Frauen und Mädchen. Als Versicherungsbeitrag sind für jede Versicherte monat-lich 27 Öere zu zahlen, von denen die Arbeiterin 18, der Arbeitgeber 9 Öere zu erlegen hat. Der erforderliche Mehrlbetrag wird durch staatliche Mittel gedeckt.

Die Mutterschaftsunterstützung beträgt 2 Kronen für jeden Wochentag und soll während 6 Wochen, davon min-destens 4 nach der Niederkunft, zahlbar sein, vorausgesetzt, daß die Versicherte während dieser Zeit industriell nicht tätig war.

Die Stillprämie beträgt 15 Kronen für jedes Kind, das die Mutter während mindestens 90 Tagen nach der Niederkunft gestillt hat.

Zu dieser Unterstützung sind alle diejenigen Indu-

striearbeiterinnen berechtigt, welche unmittelbar vor der Niederkunft 180 Tage ununterbrochen versichert waren.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die bei ihm ange-stellten versicherungspflichtigen Frauen bei der betreffen-den Krankenkasse zur Versicherung anzumelden und die vorgeschriebenen Abgaben zu erlegen. Den Teil der Ab-gaben, den die Arbeiterin zu zahlen hat, kann er vom Lohn abziehen.

Die Ausgaben für die Versicherung werden auf 2,16 Kronen pro Jahr für die Arbeiterin und 1,08 Kronen für den Arbeitgeber berechnet. Die Gesamtsumme der Mutterschaftsunterstützung würde 87 Kronen betragen, davon 72 Kronen als reine Mutterschaftsunterstützung und 15 Kronen als Stillprämie.

Die Mutterschaftsversicherung soll vorläufig auf die in der Industrie tätigen Frauen beschränkt bleiben, um die praktische Durchführung zu erleichtern.

Der vorliegende Entwurf weist noch große Lücken auf und ist von der Erfüllung aller Forderungen der klassenbewußten Proletarierinnen weit entfernt. Die Hauptmängel bestehen in der verschiedenen Beitrags-leistung von Unternehmer und Arbeiterin, die für jenen nur ein Drittel, für diese aber zwei Drittel beträgt, in der Dezentralisation und staatlichen Bevormundung der Klassen und in der Beschränkung der Versicherung auf die Industriearbeiterinnen allein. Immerhin bildet er einen Schritt auf ein dringend der Bewahrung bedürftiges Gebiet.

## Berichte.

Juffenhoven. Am 4. März tagte hier eine von 60 Mitglie-bern besuchte Versammlung, in welcher Stellung zur Generalversamml-ung genommen wurde. Ferner wurde die Fragestellung bei der Firma Waldborff-Astoria besprochen und die Angelegenheit der Gau-leitung übergeben. Der Beitrag der Lokalkasse wurde auf 5 3/4 pro Woche vom 1. April ab festgesetzt. An einer öffentlichen Ver-sammlung am 8. März referierte Gauleiter Durban über die Fragestellung bei der Firma Waldborff-Astoria. Die Versammlung erhellte einen Begriff davon, in welcher Weise die Firma Waldborff-Astoria das Koalitionsrecht den Arbeiterinnen zu rauben sucht. Es wurde betont, daß die Firma ganz vergessen hätte, daß ihre Zigaretten doch meistens von Arbeitern geraucht würden. Es sei deshalb nötig, die organisierten Arbeiter auf die Handlungsweise aufmerksam zu machen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Gauleitung aufgefordert wird, bei den zuständigen In-standen die erforderlichen Schritte einzuleiten. An der Diskussion beteiligten sich auch Kollegen aus Stuttgart und Stamheim.

## Uereinstell.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-inkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5348 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Kendorff, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschub bestimmte Zuschriften sind an Emil Ellen, Altona-Ottensen, Hoheneich 3, pl., zu adressieren.

## Bekanntmachungen.

Ohne Abmeldung abgereist: Von Finsterwalde, der Zigarren-macher Johannes Enlas aus Torgau; aufgen. am 28. 1. 12. Buch S. II. 873. (S. 473, 2. J. 12.)

## Die Delegiertenwahlen

zur 15. Generalversammlung haben an einem der Tage vom 10. März bis einschließlich 17. März d. J. stattzufinden. Ein-wo möglich zu wählende Stichwahlen sind vom 7. April bis einschließlich 14. April d. J. vorzunehmen.

Die Wahlresultate der Hauptwahlen sind bis spätestens den 19. März und die Wahl-resultate der Stichwahlen bis spätestens den 16. April an den Vor-sitzenden der Wahlprüfungskommission

Louis Rehner, Bremen, Sakfeldstr. 33

einzuwenden. Wahlresultate, welche nach Ablauf dieser vorstehenden Ter-mine eingehandt werden, finden keine Berücksichtigung. Die Wahlen sind nach den Bestimmungen des Wahlreglements (siehe Statut Seite 19 und 20) vorzunehmen. Der Vorstand.

Abrechnungen vom 4. Quartal gingen noch ein: 13. Gau: Senftenberg. Der Vorstand.

## Vom Vorstande sind ernannt:

Kellnerhufen: D. Schurbohm als 2. Bev. Kalkshafen: Herm. Hahn als 1., Wb. Karl als 2., Herm. Siegfeld als 3. Bev.; Wb. Hahn, Hinz. Lud. Ed. Schröder als Kontr.

Steinbau: Joh. Schauberg als 1., Ernst Linderdörfer als 2., Margarete Heilmann als 3. Bev.; Adam Knoblauch, Marg. Schmidt, Kl. Müller als Kontr.

Wesf.-Rhein: H. König als 1., Fritz Niederbockstrud als 2., Wb. Bahle als 3. Bev.; D. Kleinmeber, Fritz Böhm, Fritz Weber als Kontr.

Froschhagen: Kilian Kämmerer als 1., Peter Daffinger als 2. Bev.; Andreas Korb 5, Marg. Kämmerer als Kontr.

Schöndorf: Heinr. Salomon Groß als 1., Friedr. Schurr als 2., Karl Falkenstein als 3. Bev.; Deströcher, Dornis, Erdöble als Kontr.

Reumünster: Wb. Just als 1., Carl Jürs als 2., Dettl. Dollke als 3. Bev.; Emil Vorbed, Th. Borchardt, J. Lindemann, Kontr.

Oberbergen: Herm. Siegelmann als 1., Wb. Krammer als 2., Aug. Laate als 3. Bev.; Wb. Kolling, Heinr. Cordes, Carl Kröger als Kontr.

## Adressenänderungen.

Hebendorf: Alle Zuschriften sind an den 3. Bev. Herm. Binkler, Gartenstr. 3, zu senden.

Oberbergen: 6. Bad Dymhagen: 1. Bev. Herm. Siegelmann, Ober-bergen (Post Rehme-Dymhagen), Nr. 269.; 2. Bev. Wb. Krammer, Oberbergen (Post Rehme), Nr. 233.

## Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung. Reumünster: A.-U. beim 1. Bev. W. Just, Christianstr. 30 (12 bis 1 Uhr mittags, 6 1/2 bis 8 Uhr abds., Sonntags 11 bis 1 Uhr). K.-U. bei dem 2. Bev. C. Jürs, Fabrikstr. 52.

Die Bevollmächtigten nachfolgende aufge-fährter Zahlstellen hielten es trotz mehrmaliger Aufforderung nicht für nötig, die Angaben über Arbeitslosigkeit für das Kaiserlich Statistische Amt zu machen. Wir er suchen die Mitglieder der betr. Orte, ihre Bevollmächtigten zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten:

Senftenberg, Greifenberg, Klausal, Neustadt i. Schf., Mattbor, Strehlen, Torgau, Tressfurt, Klausal, Neuentrichen, Ruchheim, Seesen a. S., Mhle i. W., Ostlber, Besterenger, Westlber, Crefeld, Krosbach, Neustad, Oberhausen, Wilmars, Lügzenburg, Brant, Krambach, Nienbach, Wiesbaden, Hagen b. Pyrmont, Altmorschen, Viebrich, Helmarshausen, Kl.-Almerode, Nidlingen, Wigenhausen, Beerfelden, König i. O., München, Gßnitz, Balungen, Kreuzburg, Weida, Magerdorf, Sandhofen, Junsweiler, Lauffen, Niedebsch, Stuttgart, Ketzlingen, Kirchheim, Kellinghufen.

Folgende Zahlstellen schickten ihre Angaben so spät ein, daß sie bei der Zusammenstellung keine Verwendung mehr finden konnten: Mhle, Beerfelden, Klausal, Seesen a. S., Weida.

Vom 6. bis 12. März sind folgende Gelder bei mir einge-gangen. B. = Verbandsbeiträge, E. = Extrabeiträge.

3. März: Geldern, B. 200.—, E. 100.—, 5. März: Krosdorf, B. 100.—, Westf., B. 140.—, Birna, B. 85.—, E. 15.—, Dahme, B. 500.—, Balungen, E. 70.—, 6. März: Braunschweig, B. 100.—, E. 100.—, Kreuzburg, B. 50.—, Frier, B. 30.—, 7. März: Froschhagen, E. 25.—, Goldberg, B. 180.—, E. 49.50, 8. März: Senftenberg, B. 100.—, Bünde-Feldmarf., B. 170.—, Westlau, B. 500.—, Nordhausen, B. 1300.—, 9. März: Parchim, B. 20.—, E. 30.50, 10. März: Derlinghausen, B. 150.—, Unterwischeln, B. 40.—

Erluche, die Kupons oder Abschnitte der Zahlkarten stets mit dem Ausdruck des Zahlstellenempels versehen zu wollen, damit irrtümliche Buchungen vermieden werden.

Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß bei Einendung der Gelder an den Vorstand die Bevollmächtigten nur unsere Zahlkarten benutzen wollen, damit unnütze Portoaufgaben vermieden werden.

Falls Zahlkarten gewünscht werden, bitte dieses auf dem Ab-schnitt vermerken zu wollen, damit die Zulassung erfolgen kann. Bremen, den 12. März 1912. W. Nieber-Welland.

## Als Delegierte zur 15. Generalversamm-lung sind weiter in Vorschlag gebracht

15. Wahlkreis: Carl Bachmann in Mähhausen i. Th.  
28. Wahlkreis: Ludwig Müller und Fritz Haubrod in Spenge.  
32. Wahlkreis: Heinrich Rehneger in Kl.-Alphen.  
48. Wahlkreis: Groß in Schorndorf.  
73. Wahlkreis: Robert Fern in Edwedt.  
74. Wahlkreis: Albert Welland in Fr.-Stargard.

## Mitglieder-Versammlungen.

Versammlungsschwänzer haben noch nicht die volle Bedeutung der Organisation begriffen.

Sonnabend, den 16. März:

Lübbecke: Ab. 9, 5. Bohne.

Großhörden: Ab. 8, 5. Brud. T.-D.: Delegiertenwahl, General-versammlung. Nach Schluß der Mitgliederversammlung Feier des 15jährigen Bestehens der Zahlstelle.

Hodenheim: Ab. 49, Jähringer Hof. T.-D.: Delegiertenwahl, Wahlen zum Kartell, Verschiedenes.

Kupshausen: T.-D. wird bekannt gegeben. Sonntag, den 17. März:

Edln: Nachm. 4, Volkshaus, Zimmer 1. T.-D.: Delegiertenwahl, Verschiedenes.

Dessau: Nachm. 4, Livoll. T.-D.: Tarife, Generalversammlung, Delegiertenwahl, Verschiedenes.

Leipzig: Nachm. 3, Neustadt, Gasthof, Kirchstraße. T.-D.: Vortrag des Genossen Mann, Delegiertenwahl.

Rehme: Nachm. 3, 5. Hilde. T.-D.: Delegiertenwahl, Versch. Scharnbeck: Nachm. 4. T.-D.: Generalversammlung, Delegierten-wahl.

Düsseldorf: Volkshaus, Zimmer 4. Besenlamp: Nachm. 3, 5. Kötter. T.-D.: Delegiertenwahl, Agitation, Verschiedenes.

Braunschweig: Nachm. 3. T.-D.: Delegiertenwahl. Eilenburg: Ab. 7, Gold. Säge. T.-D.: Delegiertenwahl, Versch. Mennighöfen: Von 1 bis 5 Uhr nachm. Delegiertenwahl in der Wohnung des Kollegen Lübbing (Lokal nicht zur Verfügung, deshalb Wahl gemäß Abj. 10 des Wahlreglements).

Spenge: Nachm. 5, 5. Schröder. T.-D.: Generalversammlung, Dele-giertenwahl. Montag, den 18. März:

Bünde: Ab. 8, 5. Timmert. T.-D.: Aussperrung und nächste Auf-gaben, Referent Schlüter. Dienstag, den 19. März:

Emmighöfen: Ab. 8, 5. Wegenhöf. T.-D.: Aussperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter. Donnerstag, den 21. März:

Mhle: Ab. 3 1/2, 5. Bräuner. T.-D.: Aussperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter. Sonnabend, den 23. März:

Spradow: Ab. 8, 5. Kolbwig. T.-D.: Aussperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter. Sonntag, den 24. März:

Buckeb: Nachm. 3 1/2, 5. Gökling. T.-D.: Aussperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter.

Wesf.-Rhein: Nachm. 3 1/2, 5. Lohse, Bruchmühle. T.-D.: Aus-sperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter.

Quarndorf-Besenlamp: Nachm. 5, 5. Günter. T.-D.: Aus-sperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter.

## Gestorben:

Am 2. März zu Eilenburg Berta Beres, 50 Jahre alt.

Am 4. März zu Bünde Wilhelm Brandhorst, aus Bünde.

Am 5. März zu Frankfurt a. O. Pauline Virchow, aus Frankfurt a. O., 51 Jahre alt.

Am 7. März zu Braunschweig Emil Burgold, aus Böhne, 49 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I. Aufsicht: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22. Schiedsgericht: Gg. Feiß, Hamburg 19, Schwenkstraße 54 II.

Eingegangen: Bergedorf M. 50.30. Sterbekasse: Rothenburgsort M. 85.09, Ratibor 70.40. Berlin 78.18, Cassel 32.—, Mühlentien 19.—.

Zu Fuß: Birna M. 100.—, Sandhofen 60.—, Sülbengern 50.—, Mühlentien 69.—, Neuses 100.—, Viebrich 50.—, Braunschweig 200.—, Jüstenwalde 50.—, Halst 100.—.

Krankengeld: M. 92.83. Bilanz für das 4. Quartal 1911:

Kassenbestand vom 30. September ..... M. 187.881.49  
Einnahme ..... „ 32.069.78  
Summa ..... M. 219.951.27

Ausgabe ..... „ 28.559.67  
Kassenbestand am 31. Dezember ..... M. 191.391.60  
Hamburg, den 11. März 1912. W. Nieber-Welland.

# H Sandblatt-Decken

mit  
schneeweissem  
Brand

# F

neu gekauft bei der Einschreibung vom 1. März 1912

## Nr. 1729. Spada-Sandblatt

Vollblatt, 3. Länge, zartes  
Blatt, matter Rechtsroller, rein-  
farbig .....

verzollt  
Mk. 2.80

„ 1730. „ „

Vollblatt, 2. Länge, matt hell-  
fahler Rechtsroller, durchaus  
reinfarbig .....

„ 4.20

„ 1731. „ „

Vollblatt, 2. Länge, matt hell-  
grünfahler Rechtsroller, ganz  
reinfarbig .....

„ 5.50

„ 1732. Tomy-Sandblatt

Vollblatt, 1. Länge, Farben fast  
weiss, reinfarbig, zartes, ko-  
lossal breites Blatt, ideal schön  
in jeder Beziehung .....

„ 7.-

# H Heinrich Franck

Berlin N. 54  
Brunner-  
Strasse 22.

# F

Gegründet 1879. Postscheckkonto: Berlin 1738. Telefon: Amt Norden 4352.

## Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183  
Roh-Tabak Bedarfsartikel

Sumatra-Decke, sehr große Auswafl  
mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und  
3. Länge à 250, 300, 325, 350, 375,  
400  $\mathcal{A}$ , Sandblatt 8. Länge à 325 und  
350  $\mathcal{A}$ , mittel- u. hellfarb. Lochblatt,  
1. und 2. Länge, à 275, 300, 400  $\mathcal{A}$ ,  
Umblatt à 180  $\mathcal{A}$   
Vorstenlanden-Decke, 1. und 2. Länge,  
dunkel, bester Mexiko-Ertrag, à 260  $\mathcal{A}$ ,  
helle Rehrdecke à 300, 325, 350, 400  $\mathcal{A}$   
Java-Einlagen à 110, 115, 120, 125  $\mathcal{A}$   
J. v. Anfarbeiter à 180, 195, 140, 145  $\mathcal{A}$   
J. v. Umblatt à 150, 160, 170, 180, 190,  
200  $\mathcal{A}$   
Hiko-Decke, hochfein, à 500  $\mathcal{A}$  u. 550  $\mathcal{A}$   
Brasil à 150, 165, 185, 200, Decke à 250  $\mathcal{A}$   
Havana à 350  $\mathcal{A}$ , Cuba à 200, 250  $\mathcal{A}$   
Domingo à 120, 135, Umblatt à 150, 170  $\mathcal{A}$   
Carmen à 110, 120  $\mathcal{A}$ , Umblatt à 130,  
135, 145, 155  $\mathcal{A}$   
Hokermärker Ia. 100  $\mathcal{A}$   
Beste überseeische Ware à 105  $\mathcal{A}$   
m. Deckblatt-Kampanagnen à 125  $\mathcal{A}$   
Sämtliche Tabake sind in Bezug  
auf tabellofen weissen u. roten Brand  
jorgfältig durchprobiert.  
Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.  
Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto.  
Verlangen Sie Preisverzeichnis mit Beschreibung der Tabake.

## Borstenland-Rehrdecker, 2. Länge

bestenweil helle Farbe, hat kein Geruch, höchster Ertrag, pro Pfund  
à 3.50, ist nicht verzollt.

## W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14  
Ferner empfehle ich sämtliche

## Utensilien zur Zigarren-Fabrikation

in bekanntester Ausführung

Insbesondere: Meine bekannte Spezialmaschine, pro Stück  
à 18, Formpressen, Ia. National, von à 7.75 an, Zigarren-  
band, Rolle à 50 u. von 45  $\mathcal{A}$  an, ein- und zweifach, pro  
Stück à 1.75, Zigaretten von à 1.50 pro Stück an, Zigaretten-  
Gerätschaften in unzähliger Auswahl, von 75  $\mathcal{A}$  an, prima Ein-  
lage-Decker, klein, pro Pfund 17  $\mathcal{A}$ , Rollen aus Ia. braun gemischter  
Zehrmasse in allen Größen, Rollen in unzähliger Auswahl, An-  
schauung, Preise nach Vereinbarung. 31. Preisliste gratis und franko.

## L. Cohn & Co., Berlin N.

Telegr.-Adresse Fernsprech-  
Permanenz Berlin Brunnenstr. 24 Amt III, 513

## Vollständige Einrichtungen für Zigarren-Fabriken

neu und gebraucht  
unter denkbar günstigen Bedingungen.

## Grösstes Fabrik- u. Handels-Geschäft der Rohtabak- u. Utensilien-Branche

Gegründet 1870.

## Grösstes Rohtabak-Lager

Amerikanische sowie deutsche Tabake.  
Man fordere unsere Preislisten. — Man verlange unsere  
neuesten Modellbogen. — Zusendung kostenlos sofort.

## Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.  
Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.  
Abgabe jedes Quantum zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein  
und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung  
mit dreimonatlichem Zolkkredit.

Spezialität in Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadel-  
los weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.  
Grosses Lager in

Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.  
Verlangen Sie Preisliste und Muster.  
Probe-Postkoll aller Sorten auf Wunsch.

Unterhaltene Proben anverkaufter Tabake Durchschnittspreis  
für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung ... per Pfund 3.00 Mk. verzollt  
II. Sortierung ... per Pfund 2.50 Mk. verzollt  
III. Sortierung ... per Pfund 2.00 Mk. verzollt

von Umbl- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt  
II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt  
Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach  
Kobereinkunft. — Jeder Versand inkl. zu geregelter Verbindung.

## Rohtabak. Bettmässen

Zusammensetzung und Anweisung der  
Fabrikation von vorz. Rohtabak mit  
von einem lang. erfr. Reiter verschickt.  
durch B. Gerny, Bismarck, Joseph 91, Institut Sanitas, Veiberg 68, Bayern.

## Carl Roland

Berlin SO., Rottbuserstrasse 4

## Sumatra-Vollblatt, tabel-

loser Brand, pr. Pfund nur à 2.50.

## Java-Aufarbeiter, pr. Pfund

nur ..... à 1.20, 1.35 und 1.40.

## Rohtabakhandlung H. Edling, Bremen

empfehle folgende gute Tabake  
zu billigen Preisen

Sumatra-Decker à 160, 180, 190, 200,  
220, 240, 260, 280, 270, 280, 300,  
310, 320, 350, 360, 380, 410, 460, 500  $\mathcal{A}$ ,  
Java-Vorstenland-Decker à 220, 240,  
260, 280, 300, 320, 350  $\mathcal{A}$ ,  
Brasil-Decker à 190, 200, 220, 240  $\mathcal{A}$ ,  
Brasil-Einlage u. Umblatt à 120, 125,  
130, 140, 150, 160, 170  $\mathcal{A}$ ,  
Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 150, 160,  
170, 180  $\mathcal{A}$ , Stückblatt 180, 140, 150  $\mathcal{A}$ ,  
Java-Umblatt à 140, 150, 160, 170  $\mathcal{A}$ ,  
Java-Einlage u. Umblatt à 110, 120,  
125, 130  $\mathcal{A}$ ,  
Domingo à 160, 110, 120, 130  $\mathcal{A}$ ,  
Carmen à 100, 110, 120, 130  $\mathcal{A}$ ,  
Rehrdeck (meist Umbl.) à 110, 115, 120  $\mathcal{A}$ ,  
Havana-Einlage à 180, 200, 250, 300,  
400  $\mathcal{A}$ , Decker 650  $\mathcal{A}$ ,  
Java-Cuba-Einlage à 150, 160, 200, 250  $\mathcal{A}$ ,  
Mexiko-Decker à 250, 320  $\mathcal{A}$ ,  
Cognac à 95, 100  $\mathcal{A}$ ,  
Gemischte Einlage-Tabake à 110, 120  $\mathcal{A}$ ,  
Java (geschnitten) à 110  $\mathcal{A}$

Preise verzollt inkl. Wertzoll per 1/2 Kilo.  
Kredit nach Uebereinkunft. [13]

## Vertreter f. neueste hochlegante konkurrenz. Taschenfensterzeuge

gefäht. Kunst u. Borzugspreisliste I. M.  
u. Briefmark. Sch. Bedienst.  
Reform-Industrie, G. Wänden 4.

## Für Anfänger!

Da alt u. kräftig, gebe m. Meine, gut-  
gehende Fabrikation auf, wer im gang. lauft,  
dann auch auch mit übernehmen. Zirkel  
200 Formen, alles sehr gute und schöne  
Ergebnisse, nur 1 schäuf. 2 Formpressen,  
Rehrdecken u. bis Utensilien, 1/2 III. Vorsten-  
landen u. 1/2 III. Sumatra-Decke u. 150 Pf.  
gemischte Einlage, 1/2 III. 1908. Rehr-  
decken Brasil. Bei 500 M. Anschaffung würde  
den Rest hängen. Verlaufe aber auch im  
einzelnen billig. Offert mit „Geschäfts-  
aufgabe“ a. d. Exped. d. Bl.